Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 9. Nov. bis 15. Nov. 45 Goldpfg.
Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige
Redaktion: Johannisstr. 46
Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige
Reklamen 80 Goldpfennige
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 265 — Dienstag, 11. November 1924 — 31. Jahrgang

Das Werkzeug unsichtbarer Instanzen.

Völkisches aus der vierten Dimension.

Die tiefen inneren Gegensätze, die zur Spaltung in der völkischen Bewegung geführt haben, kamen mit schonungsloser Offenheit ans Tageslicht in der letzten Versammlung der Großdeutschen Volksgemeinschaft, in der Dr. Arthur Dinter in einem zweistündigen Referat eine schroffe Abrechnung mit der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und insbesondere mit der Reichsführung Ludendorffs hielt. „Vor einem Jahre“, so begann Dinter, „wurde der Verrat geübt von unseren Gegnern, heute wird er geübt von unseren eigenen Führern. Heute steht die Sache so, daß

der Kampf Aller gegen Alle

entflammt ist, und die zwangsläufige Folge ist die unabweisbare Niederlage der Bewegung. Hitler hatte seinerzeit befohlen, daß sein Vertrauter Rosenberg an seiner Stelle die Geschäfte verwalten soll. Aber ein gänzliches Versagen dieses Führers trat ein. Die Gesinnung Rosenbergs anzuzweifeln, liegt sehr viel natürlicher Anlaß vor. Diese Führung führte zu einem Chaos. Wir atmeten auf, als **Ludendorff** die Stellvertretung übernahm. Unser Vertrauen zu ihm war grenzenlos. Aber die erste Enttäuschung erlebten wir, als dieser große deutsche Mann trotz des gegenteiligen Rates Hitlers sich ins Parlament wählen ließ. Nun war auf einmal die Fraktion die Hauptsache geworden und

die ganze Bewegung schlief ein.

Die Führer hatten keinen Blick mehr für das, was außerhalb des Parlaments vorging, und so ging die **ganze völkische Bewegung dabei zum Teufel.** Die Parole Ludendorffs konnte in Arbeiterkreisen nicht wirken, denn auf diese Kreise wirkt der Name Ludendorff heute noch wie ein rotes Tuch auf den Stier. Es war eine Kurzsichtigkeit und Instinktlosigkeit und der erste Beweis für

die gänzliche politische Unfähigkeit

dieser Reichsführerschaft, daß sie diese erste Parole ausgegeben hat. Die Reichstagsfraktion mit ihren 32 Mann entsprach ganz und gar nicht den Wünschen Hitlers. Er hatte ganz bestimmte Direktiven gegeben, ganz bestimmte Namen genannt. Diese wurden aber zum Teil unterschlagen, auf ausdrücklichen Befehl Hitlers auf die Liste gesetzt, dann aber hinterrücks gestrichen. Mit Erbitterung und Wehmut sah Hitler den weiteren Verlauf der Dinge. Er legte die Führung nieder, weil er die Verantwotrung nicht mehr tragen konnte für alles, was gegen seinen Willen geschah. Er zog die Vollmachten zurück, weil er sah, welcher Schwindel damit getrieben wurde, wie die Günstlingswirtschaft einsetzte, wie nur noch nach egoistischen Zielen gearbeitet wurde.

Als Hitler die Führung niedergelegt hatte, trat das Chaos ein. Als Esser dann eingriff, setzte die Verleumdung gegen ihn ein. Man wollte Hitler einfach nicht aus dem Gefängnis heraus haben, weil er in diesen ganzen parlamentarischen Sumpf mit eisernem Besen hineingefahren wäre. Als die einzig berufenen Führer dann zur Seite geschoben und das junge Strebertum damit in die Höhe gehoben wurde, da faßte uns alte Vorkämpfer die Verzweiflung. Dann kam ein neuer Schlag: Man gründete den Frontbann. Diese kurzsichtige Gründung und ihre Proklamationen waren schuld, daß unser Führer Hitler im Gefängnis bleiben mußte. In gänzlicher Verkennung der Tatsache,

daß nach dem 9. November 1923 die alte Methode nicht mehr ziehen konnte,

daß sich von da ab nur auf Grund der verfassungsmäßigen Rechte Aufklärung treiben lassen konnte, hat man den Frontbann gegründet. Das war ein so schwerer politischer Fehler, daß das Vertrauen zur Führerschaft auf das schwerste erschüttert worden ist. Hitler ist so vornehm, seinen Waffengenossen Ludendorff nicht bloßzustellen, aber er hat es abgelehnt, die Leute, die mit dem Frontbann zu tun hatten, nach dieser Sache noch einmal zu empfangen. Man fragt sich, wie es möglich ist,

daß Ludendorff seinen Namen hergeben konnte, eine solche Gemeinheit zu decken,

daß er von allen guten Geistern, von dem naivsten politischen Blick so verlassen sein konnte, daß er seinen Duzfreund Esser, dessen Trauzeuge er war, für dessen Kind er Pate gestanden hat, so vor den Kopf stoßen konnte! Da kommt einem elementar der Gedanke, daß Hitler selbst getroffen werden sollte. Ist Ludendorff das ahnungslose Werkzeug von irgendwelchen unsichtbaren Instanzen, die das größte Interesse daran haben, daß die völkische Bewegung in Grund und Boden vernichtet wurde? Es drängt sich einem der Gedanke auf, daß in der bayrischen Landtagsfraktion selbst die Verräter sitzen, daß in der Fraktion Elemente sind, die ein falsches Spiel treiben im Auftrag von Jesuiten und Freimaurern.

Ich achte Ludendorff als Feldherr, aber was den politischen Führer Ludendorff anlangt, so mußte ich aus eigenem Erleben meine Ansicht aufs gründlichste revidieren. Bei dem Wahlkampf in Bremen erteilte Ludendorff den Nationalsozialisten den Befehl, sich aufzulösen.

(Zuruf: Polnischer Ochse!)

Das ist dasselbe, als wenn der Feldherr zu Beginn einer Entscheidungsschlacht den Befehl gibt, die alte Garde solle sich auflösen und zum Feind übergehen. Einem Führer, der ganz sichtbar Befehle gibt, die zum Ruin der Bewegung führen, **weigere ich mich zu gehorchen.** Wie kann ich Vertrauen zu einem Führer haben, der, obwohl er erst spät in die fertige Bewegung gekommen ist,

obwohl er keinen Heldenmut gezeigt hat,

obwohl er einer der größten deutschen Männer sein will, die alten naturgewachsenen Führer in Schmach und Schande aus der Bewegung heraustreibt! Einem solchen Manne, der die Grundsätze einer Bewegung erschüttert, kann ich nicht vertrauen; ich muß ihm mißtrauen und ihn bekämpfen.

Man hat Zuchthäusler in die Fraktion gewählt, Konzessionsarbeiter.

Liegt da nicht Methode und System darin? Wer sind die Arbeiterführer in der Reichstagsfraktion? Da sitzen **nur Generale, Majore und andere Offiziere,** Leute, die sicher nicht in der Lage sind, in Arbeiterkreisen zu werben. Glaubt man denn, man zieht die Arbeiterschaft mit Obersten und Majoren zu uns herüber? Wenn diese hohen Herrschaften wirken wollen, dann sollen sie in Arbeiterversammlungen gehen, wo Stuhlbeine und Bierseidel fliegen! Da können sie beweisen, ob sie Arbeiterfreundlichkeit besitzen! Die Leute, die da in der Fraktion sitzen, lassen sich wie eine Ziehharmonika auseinanderziehen, weil sie sonst die Gelegenheit verlieren, im Harmonikazug zu reisen. Ludendorff hat **alle Chancen als unbeeinflußbarer Führer verloren,** nachdem er sich dem Parlamentsklüngel ausgeliefert hat.

Wir haben noch keinen Beschluß gefaßt über die Wahlparole; aber das steht fest:

Diesem Reichstagskandidaten der sogenannten Nationalsozialistischen Freiheitspartei nicht eine einzige Stimme!

Kann man Vertrauen zu Führern haben, welche den Verrat an Hitler begangen haben und Hitler am liebsten ewig im Gefängnis haben wollen? Die 17 000 Leute, die hinter uns stehen, sind alte, echte Nationalsozialisten. Sie sind ja viel mehr wert als die halbe Million von dem

Gelichter des Völkischen Blocks

unter Führung von Straßer und Ludendorff. Wir drei (Esser, Streicher, Dinter) wissen ganz genau, was wir wollen, wenn wir auch heute noch nicht darüber reden. Wir sind entschlossen, den Kampf durchzuführen, weil wir die Ueberzeugung haben, daß die Reichsführerschaft und die Fraktion mißbraucht wird, die Hitlerbewegung zu vernichten.“

*

Wir haben diesen Bekenntnissen einer schönen Seele wenig hinzuzufügen. Daß Erich Ludendorff „wenig Heldenmut gezeigt hat“, ist uns nicht neu — wie es uns auch nicht unbekannt ist, daß dem Helden Arthur Dinter von seinem militärischen Vorgesetzten vor Gericht das Zeugnis ausgestellt wurde, daß er im feindlichen Feuer immer äußerst „nervös“ gewesen sei und deshalb von der Front nach Hause geschickt wurde — denn er war ja „Kgl. Preußischer Offizier“.

Nur eines quält uns noch. Welches ist die „unsichtbare Instanz“, deren Werkzeug Ludendorff geworden ist. Gibt es solche „unsichtbaren Instanzen“ denn überhaupt außerhalb der vierten Dimension?

Doch halt, wir haben's! Die völkische Aufklärungsliteratur hat uns — dankbar sei's gestanden — erleuchtet!

Wer anders kann es sein als die „Weisen von Zion?“

Die sind es doch, die „unsichtbar“ alles beherrschen, also auch Erich Ludendorff! Armer Erich!

Beamten- und Staatsarbeiterfragen im letzten Reichstag.

Von H. Krätzig (Berlin).

Als im vorigen Jahre die Geldentwertung jedes Festhalten des Geldwertes auch nur um kurze Zeit unmöglich machte, verlangte die Regierung die Vollmacht, auch in Zeiten, wo der Reichstag nicht versammelt war, Gehaltsänderungen vornehmen zu können. Der Reichstag gab ihr eine solche Ermächtigung; sie ist am 31. Oktober d. J. abgelaufen.

Auf Grund dieser eigentlich nur für die Wertveränderungen der Inflationszeit gegebenen Verordnung hat die Regierung nach den letzten Reichstagswahlen ein himmelschreiendes Unrecht an den unteren Beamten begangen. Waren bis zur letzten Reichstagswahl Erhöhungen der Grundgehälter prozentual gleich hoch vorgenommen worden, so wurde das nach der Reichstagswahl ganz anders. Durch den Sieg der Deutschnationalen, die man schon in der Reichsregierung sah, war den sogenannten Hoheitsbeamten der Kamm mächtig geschwollen. Sie glaubten nun, gegen ihre Kollegen unter ihnen jede Rücksicht fallen lassen zu können. Sie drangen nur für sich auf eine standesgemäße Bezahlung.

Bei den Verhandlungen der Organisationsspitzen mit der Regierung sagte Herr v. Schlieben: „Die mit den Staatsaufgaben betrauten Beamten müssen vor der großen wirtschaftlichen Not geschützt werden. Die höheren Beamten müssen endlich wieder einmal in die Lage versetzt werden, ihre Kinder studieren zu lassen, was ihnen bei den bisherigen Bezügen unmöglich gewesen ist.“

Der Standpunkt ist durchaus zu verstehen. Zu verstehen ist nur nicht, daß die hohen Regierungsbeamten, die mit weit höheren Einnahmen die Unmöglichkeit der weiteren Existenz spürten und die Abhilfe z. T. selbst vorbereiteten, gar kein Verständnis aufbrachten für die weit schlimmere Notlage ihrer Kollegen in den unteren Gehaltsgruppen. Dort reichte es vielfach nicht einmal, um nur die Kinder satt zu machen, geschweige denn etwas für ihre geistige Fortbildung zu tun.

Die höheren Beamten wurden unendlich weit aus dem Gehaltsverhältnis hinausgehoben, in dem sie bis dahin zu den unteren Beamten gestanden hatten. Folgender Maßstab mag das zeigen: Vorher hatte der Beamte der Gruppe 13 das 2,8fache Gehalt der Gruppe 3 gehabt. Nach dem 1. Juni war die Spannung gestiegen vom 2,8fachen aufs 7,4fache. Wäre dieselbe Spannung erhalten geblieben, d. h. hätte man die Grundgehälter prozentual gleich erhöht, so müßte heute der Beamte der Gruppe 3 nicht 80, sondern etwa 190 Mark Anfangsgehalt pro Monat bekommen.

Was haben die Parteien im Reichstage getan, um diese Ungerechtigkeit sofort zu beseitigen?

Es ist nötig, diese Frage zu stellen, denn es ist zwar traurig, aber leider wahr, daß bei der letzten Wahl sehr viele Beamte, gerade der unteren Gehaltsgruppen, auf die Phrasen der Völkischen, der Deutschnationalen hineingefallen sind. Ihre damals Gewählten haben sie schmählich im Stiche gelassen.

Die Völkischen haben sich zu keinem Antrag aufschwingen können.

Die Deutschnationalen hatten auch keinen Antrag eingebracht, um diese Ungleichheit aus der Welt zu schaffen. Sie schwangen sich nur dazu auf, über die 71½ Millionen hinaus die Regierung zu ersuchen, allen Gehaltsgruppen, also den bevorzugten Gruppen auch noch — eine Kinder- und Frauenzulage zu gewähren. Sie hatten aber sowohl die Höhe der Zulage vergessen als auch den Zeitpunkt des Inkrafttretens; also ein richtiges wertloses Verlegenheitsprodukt.

„Mächtig“ ins Zeug legten sich die Kommunisten, aber es zeigte sich bald, daß es nur eine hohle Nuß war, die sie präsentierten.

Die Sozialdemokratie stellte sofort, als der Reichstag zusammentrat, folgende Anträge:

1. Die Vollmacht der Regierung zu selbständiger Regelung der Gehälter wird zurückgezogen.
2. Die Zulagen werden in allen Gruppen auf 71 Prozent erhöht.
3. In dem Tarif der Ortsklassen werden die Ziffern VI und VII gestrichen.
4. Die Anträge werden sofort dem Haushaltsausschuß zur schleunigen Beratung überwiesen.

Bezeichnenderweise waren es die Kommunisten, die zuerst dem Antrag widersprachen, die sozialdemokratischen Anträge dem Hauptausschuß zur Beratung zu überweisen. Dadurch gingen Wochen verloren. Als dann die Beratungen kamen, versagten die Rechtsparteien vollständig. Sie lehnten d gleichmäßige Erhöhung für alle Gruppen ab. Abgelehnt wurde auch der kommunistische Antrag, die Gruppen 1—7 nach Gruppe 8 zu besolden.

Darauf stellten die Kommunisten im Plenum den Antrag, statt 71½ Millionen 800 Millionen für Gehaltserhöhungen zur Verfügung zu stellen. Die Sozialdemokratie wollte diesen Antrag unterstützen, deshalb beantragte sie, ihn dem Haushaltausschuß zu überweisen, um über die Aufbringung der Summe zu beraten. Ohne Deckung ist so ein Antrag wertlos, wenn die Regierung, wie sie es tat, erklärt, sie hat keine so hohen Mittel. Es war vorauszusehen, daß ihn der Reichstag ablehnen würde; denn ohne Deckung eine so große Summe zu verlangen, müßte wirken wie eine Aufforderung an die Re-

gierung, wieder zur Notenpresse zu greifen, also eine neue Inflation zu beginnen. Den Kommunisten wäre das schon recht gewesen, denn während der Inflation blühte ihr Weizen. Sie wiedersprachen daher wieder dem sozialdemokratischen Antrage auf Ueberweisung an den Haushaltsausschuß. Es mußte also im Plenum über ihn entschieden werden. Er wurde abgelehnt. Die Kommunisten haben ihn selbst zu Fall gebracht. Auch die sozialdemokratischen Anträge wurden im Plenum abgelehnt.

Die Sozialdemokratie hat sich aber dabei nicht beruhigt, sondern alsbald neue Anträge eingebracht.

Sie stellte folgenden Antrag betreffend die Erhöhung der Grundgehälter:

(Wir geben nachstehend nur die jetzt geltenden und die von uns beantragten Anfangs- und Endgehälter bekannt; die Zwischenstufen haben wir weggelassen.)

Gruppe	Grundgehalt pro Jahr			
	Anfangsgehalt		Endgehalt	
	Jetzige Höhe	Beantragte Höhe	Jetzige Höhe	Beantragte Höhe
1	804	1176	1068	1560
2	876	1284	1076	1716
3	960	1404	1284	1872
4	1101	1620	1476	2160
5	1296	1896	1728	2520
6	1596	2280	2280	3000
7	2100	2436	3120	3648
8	2400	2768	3600	4152
9	2820	3248	4140	4872
10	3600	3864	5400	5796
11	4200	4480	6300	6720
12	4860	5272	7200	7908
13	6300	6300	9600	9600

Das ist in den unteren Klassen eine Erhöhung um 30 bis 35 Prozent; ein Anfang der Gutmachung.

Weiter beantragte die Sozialdemokratie:

1. Für die Entlohnung der Reichsarbeiter und Angestellten die aus der Gehaltserhöhung der Beamten entstehenden Folgerungen zu ziehen.
2. Die örtlichen Sonderzuschläge bestehen zu lassen.
3. Den Erlaß über die Dienstzeit sofort aufzuheben.
4. Den Erholungsurlaub unverkürzt zu gewähren.
5. Die Personalabbau-Verordnung sofort aufzuheben.
6. Schnellstens vorzulegen:

a) den Entwurf eines Reichsbeamtengesetzes;
b) den Entwurf einer Dienstordnung für Reichsbeamte;
c) den Entwurf über Beamtenvertretungen;
d) den Entwurf einer Dienststrafordnung für Reichsbeamte;
e) den Entwurf über eine Krankenversicherung für Reichsbeamte.

Diese Anträge, die alle für die Beamten und Staatsarbeiter sehr wichtig sind, sind infolge der Auflösung des Reichstages steckengeblieben. Sie werden im neuen Reichstag sofort wieder eingebracht werden, um das Unrecht wieder gutzumachen.

Inzwischen hat die Regierung kurz vor Ablauf der Vollmacht, gegen den Protest der Sozialdemokratie, die Umstellung der Grundgehälter vom Ortsklassensystem auf das System des Wohnungszuschusses vorgenommen. Im Prinzip ist nichts dagegen einzuwenden, wenn alles genau erwogen wird. Das ist aber sicher in dieser Zeit der Unsicherheit auf dem Wohnungsmarkt nicht geschehen. Neue Ungerechtigkeiten werden dadurch hervortreten. Die Sozialdemokratie wollte diese Regelung von dem neuen Reichstag vornehmen lassen. Das wird nun trotzdem geschehen müssen. Daher liegt es im vitalsten Interesse der Beamten und Staatsarbeiter, nicht wieder auf die Phrasen der Stimmenfänger der Republikgegner hineinzufallen, sondern bis zum 7. Dezember für die Wahl der Sozialdemokratie zu werben und dann geschlossen für sie zu stimmen.

Reich und Länder.

Die Vorgeschichte des Steuerkompromisses.

Der „Soz. Pressedienst" berichtet:

Die zur Beseitigung des Konflikts zwischen Reich und Ländern hinsichtlich der Aufnahme von Auslandsanleihen eingesetzte Kommission arbeitet zurzeit in Verbindung mit der Reichsbank eine Reihe von Richtlinien aus, die bestimmte Grundsätze für die Anleiheverhandlungen aufstellen. Hauptgrundsatz ist, daß die wilde Anleihesuche im Ausland aufhört, da diese bereits zu einem förmlichen Ausverkauf des Eigentums der Länder und Gemeinden geführt hat. Forsten, Domänen, Bergwerke, alles Mögliche wurde verpfändet, um Geld zu beschaffen. Die wilde Jagd auf Anleihen hat selbstverständlich auch den Zinssatz stark in die Höhe getrieben.

Nach Fertigstellung der Richtlinien wird eine neue Zusammenkunft zwischen Reich und Ländern erfolgen. Mit der Annahme der Richtlinien dürfte die Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandsanleihen wieder aufgehoben werden.

Die Verhandlungen zwischen Reich und Ländern über die Steuermilderung haben nur deshalb zu einem positiven Ergebnis geführt, weil niemand die Verantwortung dafür übernehmen wollte, daß ab 1. Januar in der Einkommensteuer ein völliges Vakuum entstand. Ein späteres Gesetz mit rückwirkender Kraft hätte nicht verhindern können, daß ein Teil der Steuerzahler ab 1. Januar zunächst einmal nicht gezahlt hätte.

Das Interessanteste an den Verhandlungen ist jedoch die Feststellung, daß es dem Reich finanziell beträchtlich besser geht als den Ländern; es kann auf der einen Seite Steuermilderungen vornehmen und auf der anderen die Steueranteilüberweisungen von Dezember bis März in der Höhe des August-September-Durchschnitts bewilligen. Ein halbjähriger kräftiger Steuerzugriff des Reichs hat also rasch die Finanzen in Ordnung gebracht. Dieses Ergebnis ist eine glänzende Rechtfertigung für die Steuerpolitik der Sozialdemokratie, der gegenüber der Besitz immer und immer wieder mit der Melodie des Stumpfsinns kam: ohne Beseitigung des Versailler Friedens keine Ordnung im Staatshaushalt.

Von der Reichsbahn.

Die entscheidenden Lohnverhandlungen.

Am Montag nachmittag sind auf Veranlassung des Hauptverwaltungsrates der Reichsbahn die Lohnverhandlungen für die Eisenbahner wieder aufgenommen worden. Es sind deshalb aus allen Teilen des Reiches die Vertreter der Eisenbahner-Organisationen in Berlin zusammengekommen. Die Gewerkschaften wollen, daß unter allen Umständen heute bereits ein positives Ergebnis erzielt wird und die Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden. Die Verhandlungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Um 6½ Uhr lag noch kein festes Resultat vor.

Massenentlassungen von Eisenbahnern.

Die Reichsbahn beabsichtigt, im Laufe der nächsten Monate etwa 24 000 Eisenbahner zu entlassen. Sie erklärt diese Maßnahme mit der Verminderung der Arbeit in den Werkstätten und betont, die Entlassung sei nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit den Gewerkschaftsvertretern erfolgt. Der Hauptbetriebsrat habe sich von der Notwendigkeit der Maßnahme überzeugt.

Es ist nicht richtig, daß die Eisenbahnergewerkschaften die Maßnahme der Reichsbahn ohne weiteres gebilligt haben. Der Deutsche Eisenbahner-Verband ist z. B. der Auffassung, daß man einen beträchtlichen Teil der Werkstättenarbeiter in andere Werkstätten versetzen kann. So z. B. von Greifswald, wo 600 Entlassungen in Aussicht genommen sind, nach der großen Eisenbahnwerkstätte Plaue bei Brandenburg. Dort müssen demnächst neue Arbeitereinstellungen vorgenommen werden. Die Wohnungsfrage, die gewiß einige Schwierigkeiten macht, kann nicht als ausschlaggebend angesehen werden. Sie muß gelöst werden, zumal es sich hier nicht nur um eine Frage der Eisenbahn, sondern auch der Stadtverwaltungen handelt. Die Reichsbahn muß wissen, daß in Gebieten wie Mecklenburg und Städten wie Greifswald, wo für Werkstättenarbeiter nur wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, Entlassungen besonders drückend sind und deshalb durch Versetzungen vermieden werden müssen. Auch hat die Reichsbahn doch schließlich ein Interesse daran, die qualifizierten Handwerker sich zu erhalten.

Der deutschnationale Köder und die dummen Hühner.

Ganz geschwinde, eins, zwei, drei,
Schneiden sie sich Brot entzwei,
Dieses binden sie an Fäden
Uebers Kreuz, ein Stück an jeden,

Kaum hat dies der Hahn gesehen,
Fängt er auch schon an zu krähen:
Kikeriki! Kikeriki!!
Tak, tak, tak! — da kommen sie!

Hahn und Hühner schlucken munter
Jedes ein Stück Brot hinunter;

Aber als sie sich besinnen,
Konnte keiner recht von hinnen.

Flattern auf und in die Höh!
Ach herje, herjemineh!

Ach, sie bleiben an dem langen,
Dürren Ast des Baumes hangen. —
Jedes legt noch schnell ein Ei,
Und dann kommt der Tod herbei.

Hochbahnstreik in Berlin.

Berlin, 11. November. (Radio.)

Die Berliner Hochbahner haben in der Nacht vom Montag zum Dienstag beschlossen, ihren Streikbeschluß zur Durchführung zu bringen. Die Berliner Hoch- und Untergrundbahn hat ihren Verkehr deshalb heute in den frühen Vormittagsstunden nicht mehr aufgenommen. Der Streikbeschluß wurde auf Grund von Lohndifferenzen gefaßt. Der angekündigte Streik in den Betrieben der Gas-Betriebs-Gesellschaft hat noch nicht eingesetzt. Die Organisationsleitung der Gemeindearbeiter hat jedoch in einer am Montag abend abgehaltenen Versammlung der Funktionäre bereits weitgehende Vollmachten zum Ausruf eines Streiks gegeben, falls heute nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden.

Reichskanzler Marx für Fortsetzung der Verständigungspolitik.

Münster, 11. November. (Radio.)

Der Reichskanzler hielt am Montag abend in Osnabrück in einer öffentlichen Versammlung des Zentrums eine Rede, in der er auch für die Zukunft unentwegte Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik fordert: „An dem Gedanken der Verständigungspolitik dürfen wir nicht rütteln lassen, den Weg zur Freiheit können wir nicht durch leere Drohungen erzielen, die bei unserer offenkundigen Schwäche lächerlich wirken müßten."

Der Kanzler gab dann seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß die jetzige starke Konstellation der Mitte auch in Zukunft den festen Kern der Regierung bilden müsse.

Wer braucht Mörder?

Ein „streng nationales" Inserat.

Im „Hamburger Fremdenblatt" vom 1. November findet sich folgendes Inserat:

Ein waghalsiger Mensch.

27 Jahre alt, unbescholten, übernormale Kräfte und kerngesund, will seine ganze Lage ändern. Scheue f. nichts zurück und bin zu jeder Gefahr bereit. Bei gegenseitigem Uebereinkommen verpflichte ich mich auf 5 Jahre. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Nur streng national gesinnte Zuschriften sind zu richten an:

Fritz Ruk, per Adr.: Heise,
Haimar, Post Schude bei Hannover.

Nur „streng national gesinnte" Kreise dürften für solche Angebote Interesse haben. Man tut dem edlen Herrn wohl nicht Unrecht, wenn man annimmt, daß er für die edlen Zwecke solcher „nationaler" Organisationen tätig sein will, die beim Erzberger- und Rathenau-Mord eine Rolle spielten. Hoffentlich nimmt man sich seiner einmal gründlich an.

Der Kampf der österreichischen Eisenbahner.

Die Lebensmittelversorgung geregelt.

Wien, 10. November.

Der Streik der Eisenbahner wird in ganz Oesterreich lückenlos durchgeführt. In der Zentralstreikleitung sitzen die Vertreter aller drei Eisenbahnerorganisationen, Sozialdemokraten, Christlichsoziale und Deutschnationale. Auf den einzelnen Stationen hat jedoch jede Organisation ihre eigene Streikleitung, die aber im gegenseitigen Einvernehmen zusammenarbeiten. Die Angestellten stehen alle auf ihren Dienstposten, sodaß der Verkehr jederzeit in vollem Umfange wieder aufgenommen werden kann. Am Sonnabend hatte der Vizepräsident der Generaldirektion der Bundesbahnen, Genosse Smerskal, der zugleich Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes ist, eine Besprechung mit dem Generaldirektor Günther, der zwar formell zurückgetreten war, die Geschäfte aber weiterführt. Smerskal unterbreitete ei neuen Vorschlag als Grundlage für neue Verhandlungen. D sind jedoch nicht aufgenommen worden, offenbar weil die Gene direktion unter dem politischen Druck der Regierung steht. Es r lautet, daß der Präsident des Nationalrats oder eine andere n trale Persönlichkeit am Dienstag neue Verhandlungen einlei wird. Die christlichsoziale Eisenbahnerorganisation soll Montag dem Bundeskanzler ihre Entrüstung darüber ausgesp chen haben, daß die Regierung sich der Gesamtheit der Ei bahnergewerkschaften gegenüber dermaßen unnachgiebig zeigt.

Die Zentralstreikleitung hat alle Vorkehrungen getroffen, die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit den notwendig Lebensmitteln sicherzustellen. Lebendes Vieh und frisches Fle die aus dem Ausland kommen, dürfen befördert werden. A die Kohlenversorgung wurde nach Verhandlungen mit den Kohl großhändlern geregelt. Die Streikleitung hat sich aber sow von den Viehhändlern wie von den Kohlenhändlern die un dingte Zusicherung geben lassen, daß während des Eisenbahn streiks keine Preiserhöhungen vorgenommen werden. Zwis der Zentralstreikleitung und der Postgewerkschaft wurde vere bart, daß die Auslandspost durch den staatlichen Kraftwagenv kehr befördert wird. Es verkehren infolgedessen sowohl n Deutschland als nach der Tschechoslowakei und Ungarn täglich e Reihe von Postautomobilen, die die Post ins Ausland beförde und vom Ausland bringen. Allerdings dürfen Pakete nicht fördert werden; nur Briefe und Zeitungen. Im Inlandverk wird der Kraftwagenbetrieb von den streikenden Eisenbahne nicht geduldet; die Postgewerkschaft betrachtet daher diesen V kehr als Streikbruch.

Heute neue Verhandlungen.

Wien, 11. November. (Radio.)

Die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften vereinbarten Montag mit dem Präsidenten der Bundesbahnen neue Verhan lungen zur Beilegung des Streikes, die am Dienstag mittag 12 Uhr beginnen sollen.

Eine Programmrede Baldwins.

Er wartet auf Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

London, 11. November. (Radio.)

Der englische Ministerpräsident Baldwin hielt am Montag London eine hochpolitische Rede. U. a. äußerte er, daß die Regi rung die Absicht habe, eine Politik der Stabilität und Kont nuität zu führen, die auf Wahrung der Friedensverträge aufg baut sei. Die Masse der Nation wünsche einen geordneten Fo schritt. Das Land habe nicht eine Parteiregierung, sondern ei nationale Regierung eingesetzt. Das Kabinett werde bestre sein, sich dieses Vertrauen zu erhalten. Zu diesem Zwecke ha er die beiden Säulen seiner Regierung, die Inhaber des auswä tigen Amtes und des Schatzamtes damit betraut, gute Beziehu gen mit allen Völkern zu unterhalten. Die freundschaftlichen B ziehungen zu Frankreich sollen aufrechterhalten werden durch d Unterstützung und Hilfe derjenigen Politik, die beide Länder nahe gebracht hat. Den Schluß seiner Rede widmete Baldwi der Londoner Konferenz. Wörtlich sagte er u. a.:

„Die Regierung vertraut in vollem Umfange darauf, da durch das Abkommen von London Deutschland zu einem Vo bild des Friedens in Europa gemacht werden kann, aber d Verwirklichung hängt in erster Linie von Deutschland selbst ab Wir begrüßen Deutschlands Bereitwilligkeit, in den Völkerbun einzutreten und wir vertrauen darauf, daß die Ausführung dieser Absicht nicht mehr lange hinausgezögert wird. Wi halten an den Verträgen von Versailles fest, aber wir werde bereit sein, Meinungsverschiedenheiten über diesen Vertrag de Völkerbunde zur Entscheidung zu überlassen.

Der Vertrag mit Rußland wird nicht ratifiziert.

London, 11. November. (Radio.)

Die konservative Regierung ist sich bereits schlüssig darüber daß der von Macdonald mit den Russen abgeschlossene Vertrag nicht ratifiziert wird. Sobald Chamberlain die verfahren Sinowjew-Angelegenheit erledigt hat, beabsichtigt er, den Russe zu erklären, daß der vorliegende Vertrag nicht ratifiziert wird England aber bereit sei, auf einer neuen Grundlage ein Vertragsverhältnis mit den Russen herbeizuführen. Auch das Genfer Protokoll, wie es auf der letzten Völkerbundtagung vereinbart wurde, dürfte von den Konservativen in der gegenwärtigen Form nicht angenommen werden.

Revolutionäre Bewegung in Spanien.

Die „nationale Diktatur" wackelt.

SPD. Aus Spanien treffen in den letzten Tagen fortgesetzt Alarmmeldungen ein, die erkennen lassen, daß dort eine weitverzweigte revolutionäre Bewegung gegen die spanische Diktatur aufgewachsen ist. Von Frankreich aus sind in letzter Zeit zahlreiche Spanier der verschiedensten Stände, meist auf dem Landwege, über die spanische Grenze gekommen. Die spanische Polizei schöpfte schließlich Verdacht und nahm eine eingehende Kontrolle der Zureisenden vor. Dabei wurden Waffen aller Art, Munition und auch Schriftstücke gefunden, durch die die spanischen Behörden von dem Bestehen der spanischen revolutionären Bewegung Kenntnis erhielt. Eine sehr große Anzahl dieser Personen ist verhaftet worden. Auf Grund der gefundenen Papiere konnte die Polizei feststellen, daß der Schlag gegen die Diktatur gleichzeitig von Madrid und Barcelona ausgeführt werden sollte. Die Polizei griff nun zu einer List und stellte den im Auslande lebenden Revolutionären eine ziemlich plumpe Falle. Diese erhielten nämlich ein Telegramm, in dem es heißt: „Ueberschreitet alle die Grenze. Die Revolution ist ausgebrochen." In diese Falle gingen unzählige. Sie machten sich auf den Weg nach Spanien und wurden an der Grenze von der spanischen Polizei sofort festgenommen. Allein in der Gegend von Barcelona sollen etwa 1000 solcher Revolutionäre interniert sein. Die Polizei erhielt durch die Verhaftungen außerordentlich viel Adressenmaterial. Im Verlauf der Verhaftungen kam es stellenweise zu blutigen Kämpfen. — Genaue Meldungen sind infolge der scharfen Zensur, die in Spanien verhängt worden ist, gegenwärtig noch nicht zu erlangen.

*

Die Bewegung gegen Primo de Rivera, den spanischen Diktator, ist so alt wie die Militärdiktatur in Spanien selbst. Die Ursache ist nicht allein die Beseitigung der konstitutionellen Rechte des Volkes, sondern vor allem **die gänzliche Erfolglosigkeit der Diktatur hinsichtlich der Milderung der inneren Schwierigkeiten und die schweren spanischen Verluste auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz.** Primo de Rivera befindet sich seit einigen Monaten in Marokko, um die kriegerischen Operationen persönlich zu leiten. Ohne Erfolg. Die revolutionäre Bewegung wollte sicherlich die Abwesenheit des Chefs des Direktoriums vom Lande benutzen, um rasch und entscheidend ihren Plan der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Volksrechte durchzuführen. Die vorzeitige Aufdeckung der Bewegung hat diesen Plan zunächst vernichtet. Es kann aber gar keinen Zweifel darüber geben, daß die allgemeine Mißstimmung des Landes gegen das Direktorium und zwar nicht nur die Mißstimmung der Arbeiter und der Intellektuellen, sondern auch großer Kreise der Bauernschaft, die Bewegung in allerkürzester Zeit wieder zu vollem Leben bringt.

Um die Immunität der Mitglieder des Ueberwachungsausschusses.

Die Frage, ob die dem Ueberwachungsausschuß des Reichstags angehörenden Mitglieder auch nach der Auflösung des Parlaments noch immun sind, ist bisher gesetzlich nicht geklärt worden. Als z. B. die Auflösung des Reichstags im Dezember 1923 bevorstand, befaßte sich der Aeltestenrat in einer Aussprache mit den für diesen Fall zu treffenden Maßnahmen. Im Verlauf der Debatte wurde allgemein die Anschauung vertreten, daß die bei einer Auflösung „nach Art. 27 bezw. 35 der Verfassung in Funktion bleibenden Organe des Reichstags (d. h. der Präsident und seine Stellvertreter, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und die Mitglieder des Ueberwachungsausschusses) im Besitz ihrer gesetzlich bestimmten Rechte verbleiben". Diese Stellungnahme des Aeltestenrats hat der Reichstagspräsident Gen. Loebe in der Plenarsitzung vom 8. Dezember 1923 zur Kenntnis gebracht. Seitdem ist in der Angelegenheit weiter nichts erfolgt. Nunmehr soll sich der Ueberwachungsausschuß, der zum 12. November zu einer neuen Sitzung zusammentritt, erneut mit der Frage befassen.

Beschlüsse der Bergarbeiter-Internationale.

Brüssel, 8. November.

In der Sitzung des Exekutivausschusses der Bergarbeiter-Internationale wurde beschlossen, eine **Bergarbeiter-Delegation nach Rußland zu entsenden,** um dort die allgemeine Lage der Arbeiterschaft, besonders die der Bergarbeiter, zu untersuchen. Die Bildung dieser Delegation soll bei der nächsten Sitzung des Exekutivausschusses der Bergarbeiter-Internationale, die im Januar in Hannover stattfindet, erfolgen. Ebenfalls sollen in Hannover **die Auswirkungen der Durchführung des Dawes-Planes** auf die Lage der deutschen Arbeiterschaft untersucht werden. Der Exekutivausschuß vertrat u. a. die Auffassung, **daß alle zur Verfügung stehenden Mittel aufgeboten werden müssen, um die deutschen Bergarbeiter in dem Kampf um den Achtstundentag zu unterstützen.**

Trotzki.

Sein Kampf gegen die Sowjetbureaukratie.

Moskau, 6. November.

Moskau hat seine Sensation. Heraufbeschworen ist sie durch Trotzki, um den, wie schon vor Jahresfrist, eine erregte Diskussion beginnt. Das neueste soeben veröffentlichte Buch Trotzkis „1917", welches die bolschewistische Revolution des genannten Jahres schildert, erfährt in einem spaltenlangen Artikel der „Prawda" eine herbe, ja geradezu vernichtende Kritik. Der redaktionelle, also parteioffiziöse Artikel des kommunistischen Organs fährt schon in den ersten Zeilen scharfes Geschütz auf: Trotzki spekuliere mit seinem Buch darauf, einen „Clou der Saison" zu schaffen, er komme mit Sensationen, die aber für die Kommunistische Partei eine sehr erfreuliche Ueberraschung seien. Im weiteren erhebt der Artikel dann gegen Trotzki die Anklage, er versuche die Opposition innerhalb der Partei, welche doch durch die Majoritätsbeschlüsse und durch die ganze Entwicklung längst ins Unrecht gesetzt sei, als Schriftsteller wieder aufzupulschen, nachdem er als Politiker nicht habe durchdringen können. Sein ganzes Buch sei nichts weiter als ein „Leitfaden für künftige Diskussionen", nach Art der großen Diskussion von 1923, welche die Parteieinheit so sehr gefährdete. Die Geschichte des Jahres 1917 gebe das Buch nicht. Mit einer für einen Marxisten unerhörten Nachlässigkeit gehe Trotzki über die Rolle der großen Masse der Parteimitglieder während der Revolution hinweg, er schreibe nur von der Oberschicht der Partei, und auch dabei sei seine Darstellung willkürlich und falsch. Es komme bei ihm zuletzt darauf hinaus, daß alle anderen Führer kopflos und zänkisch waren, und die Revolution durch Lenin nur gerettet werden konnte, weil — Trotzki ihm zur Seite stand. Da die „halben und ganzen Anspielungen" Trotzkis sich gegen prominente Männer der Partei, vor allem gegen Kamenew und Sinowjew, richten, so ist die erregte Tonart dieses offiziösen Artikels leicht begreiflich. Mühsam verhaltener Ingrimm klingt aus ihm, und die wiederholten Versicherungen, man wolle nicht polemisieren, aber angesichts dieses Buches dürfe nicht geschwiegen werden, beweisen, welche Bedeutung man ihm beilegt.

Volkswirtschaft.

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

Im Laufe der verflossenen Woche hat der Geschäftsgang weitere Belebung erfahren. So ist u. a. die sächsische Textilindustrie mit gutem Auftragsbestand versehen und der wieder eifrig nach Zollschutz verlangenden Spinnerei fehlt es sogar an geübten Arbeiterinnen, z. B. an Flyerinnen, die der höheren Löhne wegen in die besser zahlende Strumpfindustrie abwandern. Auch die Wäsche- und Konfektionsindustrie ist gut beschäftigt. Besserung zeigt außerdem die Südwestdeutsche Tabakindustrie und die Zucker-, Schokoladen- bezw. Konserven-Warenbranche, wogegen die pfälzische Schuhwarenindustrie nach vorübergehender Besserung, wahrscheinlich in Verbindung mit den stark anziehenden Preisen, abermals einen Rückschlag erlebte. Günstige Konjunktur herrscht aber vor allem in der Papierindustrie infolge der Anforderungen der kommenden Wahlen. Dieser Industriezweig hatte in letzter Zeit sogar erheblichen Export zu verzeichnen, obwohl seine Preise weit über dem Weltmarktpreis liegen. Diese Tatsache erklärt sich durch die englischen Wahlen.

Von Bedeutung für eine kommende ruhige Entwicklung wird vielleicht die Belebung sein, die unsere Rohstoffindustrien erfahren haben. Sie beschränkt sich nicht auf den Kohlenbergbau in Westfalen, wo auch die Montan- und die Eisen- bezw. Stahl weiterverarbeitende Industrie kräftige Anregung zeigen, sondern hat auch den Erzbergbau im Siegerland und im hessischen Gebiet erfaßt. Die Tatsache ist ein Zeichen dafür, daß mit einer entscheidenden Besserung der Wirtschaftslage immerhin gerechnet werden kann. Leider liegt der Export immer noch im Argen, ja, es sind sogar Fälle bekannt geworden, wo bedeutende Aufträge — in einem Fall kommen 15 000 Stahlplatten in Frage — aus Deutschland an die englische Firma Dormann, Long u. Co. Ltd. gefallen sind, wie ja letzthin die englische Eisen- und Stahlindustrie unter scharfen Preisreduzierungen stärker auf dem Weltmarkt als Konkurrentin auftritt. Zwei Uebel sind es, die der Belebung unseres Exports im Wege stehen: Erstens sind es die übersetzten deutschen Preise, die kein Wunder nehmen können, da der Index für deutsche Industriestoffe über dem Weltmarktpreis liegt, und zweitens die Unmöglichkeit der deutschen Industrie, Zahlungsbedingungen, besonders Zahlungsfristen in dem Maße zu gewähren, wie es die ausländische Industrie tut. Das erste Uebel ist ja bei uns schon Erbfehler geworden; im zweiten Fall wird nur eine zentrale Auslandskreditpolitik Wandel schaffen können. Sie ist ebenso notwendig wie gewisse Aufsichtsmaßnahmen für gemeinnützige Kreditinstitute.

Soweit Auslandskredit und deutsche Preisbildung in Frage kommen, ist der Ausgang der Bestrebungen zur Errichtung einer internationalen Eisenkonvention nicht ohne Interesse. Die Hoffnungen der Schwerindustrie haben sich nicht erfüllt. Eine große Rolle spielt dabei ohne Zweifel die Erwartung einer Neuorientierung in der englischen Wirtschaftspolitik. Kurz und gut, der eben gebildete deutsche Rohstahlverband steht allein auf weiter Flur der Weltwirtschaft. Die Führer der ausländischen Eisenindustrie, von denen es zuerst hieß, daß sie mit der anfangs von den deutschen Eisenindustriellen angestrebten intereuropäischen Stahltrustbildung „prinzipiell einverstanden" sind, haben, wie inoffizielle und offizielle Stimmen nunmehr betonen, glatt abgelehnt. de Wendel wäre im günstigsten Falle für die Bildung eines deutsch-französisch-belgischen Schienenkartells, wie es vor dem Kriege bereits bestanden hat.

Wie der internationale Kartellgedanke sich später noch entwickeln wird, weiß heute kein Mensch. Vorläufig haftet dem Rohstahlverband aber der Ruf an, den Versuch eines Dumpings angeregt zu haben. Dumping treiben auch andere Staaten, z. B. die Schweiz, die Zement zu Schleuderpreisen in Westdeutschland anbieten soll. Es ist aber etwas anderes, wenn der Vorwurf des Dumpings gegen uns erhoben wird, auf dem noch immer die Erinnerung des Markdumpings mit allen seinen unheilvollen Folgen auf zollpolitischem Gebiet lastet. Ziehen wir aus der Eisenkonventionstragödie die Bilanz: Wir haben uns eisenwirtschaftlich durch unsere Schwerindustrie in eine Lage drängen lassen, die einer regelrechten Isolierung gleichkommt. Wenn die Auslandsfinanz mit der Kreditgewährung in letzter Zeit merklich zurückhaltender ist, so dürfte es nicht zuletzt auf das von Deutschlands Schwerindustrie gegebene Debüt zurückzuführen sein.

Man fragt sich, ob die amtliche Wirtschaftspolitik kein Mittel gehabt hat, diesen Reinfall zu verhindern, die Privatindustrie zu warnen, sie in ihrem Drang, die Welt eisenwirtschaftlich aufzuteilen, energischer abzustoppen. Diese Frage zu beantworten heißt, den Grundmangel dieser Politik, die zwischen den Interessentenwünschen schwankt, aufzeigen. Ein Beispiel dafür: Zum soundsovielten Male kündet die Regierung eine Verbilligungsaktion an. Sie hat wenig Glauben gefunden; nicht, weil man der Regierung zumutet, keine Mittel zu haben, ihr Wort einzulösen, sondern weil man zu oft große Worte gehört hat und den Bergkreißen sah, der hinterher doch nur ein Mäuslein gebar. Not tut uns im Lande des festen Wechselkurs und der inflationistischen Preise, daß sich die gegenwärtigen Pläne der Regierung zu einem wirklichen Sanierungsprogramm verdichten, für das sich die Anhänger einer vernünftigen Wirtschaftsführung am 7. Dezember einsetzen müssen.

Der Saatenstand in Preußen Anfang November 1924.

Die Statistische Korrespondenz, die vom Preußischen Statistischen Landesamt herausgegeben wird, veröffentlicht eine tabellarische Uebersicht über den Saatenstand in Preußen Anfang November 1924, aus der der amtliche Preußische Pressedienst das Folgende wiedergibt:

Die diesjährige Ernte ist mit Ausnahme von Resten an Rüben und Kohl überall eingebracht, und die Gutachten der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner erstrecken sich demnach im folgenden auf den Stand der jungen Wintersaaten und des Stoppelklees. Der Oktober verlief im ganzen Staatsgebiet vorherrschend sonnig und sommerlich warm: die Niederschläge waren im größten Teile des Landes gering, aber ausreichend, nirgends übermäßig groß. Schon Ende September bahnte sich allgemein eine Besserung des bis dahin meist unbeständigen, z. T. sehr naßkalten Wetters an; in den letzten Tagen d. Mts. wurde die Witterung wieder unbeständig.

Für die Einbringung der Ernte war also der abgelaufene Monat äußerst günstig. Alle im September noch draußen gebliebenen Mengen an Getreide, Hülsenfrüchten und Grummetheu, die in den westlichen und nordwestlichen Gebieten ziemlich erheblich waren, konnten gut geborgen, die Kartoffeln sogar restlos ohne irgendwelche Störung ausgemacht werden. Auch Rüben und Kohl sind größtenteils schon eingebracht, nachdem sie sich bei der günstigen Witterung noch kräftig entwickelt hatten. Die anfänglich durch die späte Aberntung der Felder stark verzögerten Arbeiten für die Herbstsaat sind gleichfalls gut vorgeschritten. In den östlichen Provinzen können die Bestellungen als völlig beendet angesehen werden, in den mittleren und westlichen sind sie dort noch zurück, wo auf Kartoffeln und Rübenschläge Wintersaat folgen soll.

Recht günstig haben sich die jungen Saaten und der Stoppelklee entwickelt, erstere allerdings nur soweit, als sie rechtzeitig bestellt wurden und bereits aufgelaufen sind. Nach den Begutachtungsziffern, die aus 3404 Berichten der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner zusammengestellt sind, werden sämtliche Saaten, auch der junge Klee, im Staatsdurchschnitt mit 2,5 bis 2,8 bewertet, also fast gut bis mittel. Im Vergleich hierzu stellen sich die vorjährigen Noten auf 2,6 bis 2,7, also ebenso gut, diejenigen von 1922 auf 2,6 bis 3,3, somit erheblich schlechter. Allgemein werden die Saaten als dicht, kräftig, vielfach als üppig bezeichnet, so daß eine gute Bestockung der jungen Pflanzen vor Beginn der Schnee- und Frostzeit zu erwarten ist. Auch die für die Gründüngung gesäten Leguminosen haben sich dicht und kräftig entwickelt, so daß sie den Erwartungen voll entsprechen. Vergleicht man den Stand der Saaten in den einzelnen Bezirken, so ergibt sich, daß er in Westfalen, Hessen-Nassau und im Rheinland mit Ausnahme von Köln und Aachen weniger gut beurteilt wird, als in den übrigen Provinzen.

Die Weideverhältnisse für Groß- und Kleinvieh waren schon im Sommer überall günstig mit Ausnahme von Schlesien. Infolge des milden Oktobers bieten Wiesen und Weiden sowie die üppigen Stoppelklee- und Serradellaschläge dem Vieh auch jetzt noch reichliche Nahrung. Dazu kommen große Mengen von Rübenblättern, die teils im Stall verfüttert, teils draußen abgeweidet werden. Aufgestallt wurde bisher noch wenig, nur Milchkühe nimmt man für die Nacht hinein.

An Schädlingen sind hauptsächlich, wie schon im Vormonat, Saatschnecken zu erwähnen, die fast im ganzen Staatsgebiet, besonders aber in den mittleren und westlichen Provinzen auftreten, und dort vielfach ganze Saatschläge vernichtet haben, so daß erneut bestellt werden mußte. Auch Mäuse treten in den meisten Gegenden mehr oder weniger stark auf, jedoch ist bisher nirgends größerer Schaden verursacht worden. Sonst wird noch vereinzelt über Schädigungen an Kartoffeln und Rüben durch Engerlinge und an Saaten durch Fritfliegen und Krähen geklagt.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Selbstschutz bei Erkältungen. Durch Aufkochen mit ¼ l Wasser, etwas Zucker und 50 g echtem Fagosot-Extrakt, in jeder Apotheke erhältlich, können Sie sich eine sicherwirkende Hustenmedizin selbst herstellen. (11097

Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traudt

6. Fortsetzung.

„Nein, gleich! — Ist's wahr?"

„Gewiß, gleich!"

Er lachte dabei laut auf und drückte sie auf die Bank zurück, ihre Handgelenke wie mit eisernen Klammern umpressend. Was für Manneskraft. Es bebte in ihr empor. Verlorene Kraft. Sie schäumte vor Wut, Scham und Schmerz. Wie hätte sie triumphiert, wenn sie ihn hätte bezwingen können! Nun hielt und überwältigte er sie wie ein Kind. Sie suchte nach einem Wort, aber sie fand keins. Wie sie nur Miene machte, sich ihm entgegenzuwerfen, umspannte er ihre Arme fester. Es war fast, als ob ihr das wohl tue. Nein, nein, der aus dem Wald! — Und dann kam das wieder mit der Magd, und sie trat nach ihm. Eine furchtbare Wut packte sie wieder, und sie nahm alle Kraft zusammen, um sich loszureißen.

Der Felshofer zog sie lächelnd vom Sitz auf, zerrte sie an die Tür und stieß sie auf den Flur hinaus.

Da soll doch der Teuefle alles holen!

Sein Plan mit dem Feld wird verlacht, den Steinbruch wollen sie ihm nicht gönnen, und da kommt nun noch das einfältige Weib mit der einfältigen Geschichte. In dem Punkt war er gerade noch kein Steinfelder geworden. Wenn ihnen der liebe Gott keine Kinder schenken wollte, dann fügte man sich. Braucht man wissen zu wollen, an wem die Schuld liegt? Ist's überhaupt eine Schuld? In manchen Dörfern sagt man es.

Was sie ihm da anhängen möchten.

Er wollte nichts tun und nichts weiter sagen. War ja genug gesagt, wenn man auf den Tisch schlug und mit einfachen „Nein" die Sache abtat. Aber es nagte doch tiefer in ihm, als er vor sich selbst zugeben wollte; er hatte doch zu viel Herz und Gemüt.

Diese verlogene, verdrehte Geschichte.

Was sein Weib nur dachte? Wenn er etwas sagte, so war das einfach so. Wenn ihn auch kein Einheimischer leiden konnte, sie war ihm doch angetraut! Zu ihrem Leonhard Kordt aus dem Walddorf hätte sie stehen, ihm glauben müssen!

Im ganzen Dorfe war keiner, mit dem er die Sache besprechen konnte. Der Maurerwillem war ein heller Kopf; aber über derartige Angelegenheiten lachte er. Da nahm er nichts ernst. Wenn die Männer bis in die Nacht im Wirtshaus sitzen und die Weiber allein daheim allerlei zurecht sinnieren können! Wenn Fenster und Türen von außen leicht aufgehen! — — Dem durfte er nicht kommen. Da wären denn bisher noch der Knecht und die Magd gewesen, mit denen er manches besprochen hatte; doch mit denen konnte er doch jetzt nicht den Kopf zusammenstecken. Ob's die Kathrine schon der Frau gesagt hatte? Und was der Knecht, ihr Bruder, nun anfängt? Das war ein Brausekopf, ein arger sogar.

Daß der Felshofer die Geschwister vom Wald heraufgenommen hatte, nahmen sie ihm ebenso krumm, wie sie es den beiden verargten, auf das Steinfeld gekommen zu sein. Dann hätte der Felshofer keine Dienstleute bekommen, und sie hätten ein Stücklein ihrer Rache gehabt.

Knecht und Magd waren armer Leute Kind, denen das Fortkommen schwer wurde auf dieser Welt und die sich daher auch nicht vor einem Dienst auf dem Steinfeld fürchteten.

Leonhard schlug auf den Tisch. Hatte er denn in dieser Sache jemand nötig? Dafür war er doch selbst da, und wenn das ganze Steinfeld gegen ihn wäre. Er fuhr über die Stirn, die ihre leuchtende Röte langsam verloren hatte, und trat an das Fenster.

Ruhig bleiben.

Sah man dem Knecht, der aus dem Stall trat, etwas an?

Mit der Ruhe hatte er seine Marie schon oft bezwungen. Sie hatte doch auch schon zugegeben, daß der gefestete Arbeitsgeist, sein kluges, bedächtiges Abwägen sonnig auf sie wirke. Gegenüber dem Treiben der Nachbarn erst recht! Die vom Walde, Bauer und Knecht, hatten sich bisher noch nicht betrunken, und nichts Gemeines war über sie gekommen. Mit dem Willem hatte er allerdings in den letzten Wochen lang zusammengesessen.

Jetzt stand alles auf dem Kopf.

Er nickte zu dem Gedanken.

Und kein Mensch im Haus hatte eigentlich Schuld.

Der Quellmoser hatte doch früher einmal gesagt, er wolle die Kathrine freien, wenn sie so tüchtig wäre, wie man höre.

Der Quellmoser!

Da stieg ein Wort vom Maurerwillem in ihm auf:

„Bist du der Felshofer oder der Quellmoser?"

Er riß die Tür auf und rief nach seinem Eheweib.

Für einen Augenblick hatte sie es sich überlegt, ob sie folgen solle oder nicht. Doch sie folgte. Mit harter Miene und mißtrauischem Blick kam sie herein.

Sie hatte hinter dem Herd gehockt und ihr ganzes Leben mit dem Leonhardt Kordt überdacht. Wie war der hart, wortkarg und unbeugsam geworden. Warum? Weil er für nichts arbeitete? Weil kein strammer Bub über den Hof lief? — Herren können das wohl nicht verwinden? Herren müssen Jungen haben!

Und sie kam auf den Quellmoser zu denken. Man konnte ja nicht wissen, ob sie oder der Leonhard verschlossen war. Den Steinfelder Leichtsinn, der nachhilft, wann's die Kraft erlaubt, sah darüber hinwegsetzt, wenn's nicht zu ändern ist.

Sie hätt' auch gern einen Bub gehabt. Wenn das mit dem Quellmoser und der Kathrin wahr wär — Dann sie — — sie — —

Sie schlug die Hände vor das Gesicht.

Da rief der Bauer.

Sie stutzte zuerst, kam aber dann doch.

„Glaubst d' mir nun?"

„Ja, wenn — —"

Kei wenn!"

„Ja!"

„Jetzt darf ich dich auch ebbes frage. He?"

Sie sah ihn mit flimmernden, unsicheren Augen an.

„Wie ist das mit dem Quellmoser?"

„Ja, d' sagst doch, er hätt's mit der Kathrin."

„Das mein ich jetzt net. — War der immer nur bei der Kathrin?"

„Wie dann?"

„Steifelder Mode halt. He?"

„Was denkst d' von mir?"

Und sie brauste gewaltig auf. Aber er merkte aus ihr ein großes Bangen.

„Das is doch einfach. Du sprichst ja oder nei."

„Und dann glaubst d' mer doch net."

Sie nahm die Schürze vor die Augen.

„Ich glaub genau so an dich wie du an mich. D' hast gesprochen, d' glaubst mer — — Also, hast's mit dem Quellmoser gehabt?"

„Nei, Leonhard."

Er hatte ihr tief in die Augen geschaut. Er hatte auch das leise Zittern in ihren Worten gehört, trotz der Rauheit, die sie hineingezwungen.

„Gut."

Er wandte sich um, ließ sie stehen und ging auf den Hof. Nun würde er in keinem Stück mehr nach ihr fragen.

Und der Quellmoser und die ganze Gemeinde Steinfeld wird einst in seiner Hand sein.

Laßt nur erst den Steinbruch in Betrieb kommen.

Was konnte man von einem Weib, das Ziegenmilch vom Steinfeld getrunken hatte, das damit großgezogen war, erwarten?"

Er lächelte und trat in die Scheune, um nach dem Strohvorrat zu sehen.

*

Es war eine ungeheure Aufregung auf dem Steinfeld. Keine Hand dachte an Arbeit. Ueberall standen die Bauern zusammen, und wilde Worte durchzuckten die Luft. Jeder Spatz war ihnen heute im Weg.

Dieser verfluchte Felshofer.

Und der Maurerwillem. Also doch.

(Fortsetzung folgt.)

Die Venus von Syrakus, unser letzter Roman von Clara Ratzka, der so viel Anklang gefunden hat, ist schön gebunden in der Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu haben.

Billig! Billig!

Herren- und Burschen-Garderoben
Damen- u. Kinder-Garderoben
Baumwollwaren
Stoffe — Gardinen
Sämtl. Schuhwaren

Kaufhaus des Ostens
Fr. Wehrendt,
Lübeck,
Unt. Hüxstr. 110

(12004)

Rauchzeug
preiswert und gut
C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 18

Wir zahlen die allerhöchsten Preise für
Felle
und (11099
Haare
Gebr. Wagner Tel. 3414
Hankwartsgr. 26 Kolstenstr 8
Beste Absatzquelle für Händler und Private

Ia Essäpiel
Pfund 22 Pfg.
Karl Lüthge
12013 Johannisstraße 42!

Anzeigen
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten" veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46

Jugend- und Volksbücher
aus d. Feder angesehener Schriftsteller
Preis pro Heft **20** und **40** Pf., geb. **75** Pf.
Buchhandlung
„Lübecker Volksbote"
Johannisstr. 46

Große
Ausstellung
„Volksernährung und Gemeinwirtschaft"

vom 15. bis 19. November 1924

im „Gewerkschaftshaus"
Lübeck — Johannisstraße 50/52

In den wesentlich erweiterten Erfrischungsräumen im ersten Stock täglich:

Konzert und Künstler-Vorträge sowie Vorträge

über die verschiedenen „Gebiete der Gemeinwirtschaft"

Besonders ermäßigte Preise für Erfrischungen aller Art.

Aussteller sind: (12007

1. **Konsumverein für Lübeck und Umgegend** e. G. m. b. H., Lübeck
der aus Anlaß seines zwanzigjährigen Bestehens im großen Festsaal eine Uebersicht über den Stand und die Entwicklung des Lübecker Konsumvereins sowie der deutschen Konsumvereinsbewegung bringt. Außerdem erhalten die Besucher dieser Ausstellung einen belehrenden Einblick in das umfangreiche Gebiet der Volksernährung.
2. **Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft** e. G. m. b. H., Lübeck
3. **Lübecker Baugesellschaft** m. b. H., Lübeck
4. **Bauverein Selbsthilfe** e. V., Lübeck
5. **Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft** e. G. m. b. H., Lübeck
6. **Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft** m. b. H., Lübeck
7. **Notgemeinschaft für Bestattungen** e. V., Lübeck

Die vorgenannten Organisationen werden ebenfalls zeigen, in welchem Umfange auch auf diesem Gebiet eine gemeinwirtschaftliche Bedarfsdeckung heute schon möglich ist

8. **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck**
Genossenschafts- und Gemeinwirtschaftsliteratur
Das gute Buch für den Weihnachtstisch

Die Ausstellung ist täglich geöffnet:
Sonnabend, den 15. November, von 1—8 Uhr
An allen übrigen Tagen von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr

Die Erfrischungsräume der Ausstellung bleiben an allen Tagen bis 11 Uhr abends geöffnet

Die Besucher haben beim Eintritt einen Gutschein für **30** Pfg. zu lösen, der gegen eine Erfrischung eingelöst wird

Ausführung der gesamten Ausstellungsstände durch die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft e. G. m. b. H. Grünschmuck gestellt von Harry Maaß

Nicht 1 Paket Seifenpulver sondern 1 Paket Dixin
müssen Sie verlangen-dann haben Sie die Sicherheit, ein wirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **Dixin** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Waschwirkung und für jeden Waschzweck geeignet
12008

11094
Kolosseum
Morgen Mittwoch **Gr. Ball** Verstärktes Ballorchester unter persönlicher Leitung d. Herrn Kapellmeisters **Richard Wagner.** Kassenöffn. 6½ Uhr Inh. H. Reck.

Bund der techn. Angest. u. Beamten e. V., Lübeck.
Oeffentliche Mitgliederversammlung
am **Mittwoch, d. 12. November,** 8 Uhr abends, im **„Knimbacher Bierhaus"**
Thema:
„Das Dawesgutachten und seine Auswirkungen auf die Arbeitnehmer"
Referent: **Ing. Otto Schweitzer, Berlin**
Mitgl. d. Reichswirtschaftsrates.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder mit ihren Damen erforderlich (12021
Gäste willkommen! **Der Vorstand**

Außerordentliche General-Versammlung
der
Lübeck-Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Lübeck
am 28. November 1924, nachmittags 5 Uhr, im Hause Lübeck, Beckergrube Nr. 16.
Tagesordnung:
1. Vorlage und Genehmigung der Goldmark-Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1924 und Umstellung des Aktienkapitals.
2. Ermächtigung des Aufsichtsrates und Vorstandes zur Vornahme der durch die Umstellung etwa erforderlich werdenden Satzungsänderungen und sonstiger Maßnahmen.
3. Aenderung des § 14 der Satzungen hinsichtlich Veröffentlichung der in Frage kommenden Anzeigen.

Zur Teilnahme an der General-Versammlung ist die Vorlegung der Aktien in der Versammlung erforderlich.
Lübeck, den 10. November 1924. 12028

Der Frauenroman! Hilde Lichtwark
von
Richard Lohmann.
Preis 2.50 Mk.
Buchhandlung
„Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46

Hansa-Theater -Klause
Konzert (11001
des
Orig. Bayr. Schrammel-Quartetts
Täglich 7 Uhr
Eintritt frei

Hansa-Theater
Heute Premiere!
Ganz kurzes
Gastspiel
des Carl-Schultze-Theaters Hambg.
Die Frau ohne Kuß
Operette in 3 Akten von (12022
Rich. Keßler
Musik von Walter Kollo.
Tägl. 8 Uhr

Konsumverein für Lübeck und Umgegend
Görzer Prünellen
eine vorzügliche Frucht zur Herstellung schmackhafter Suppen und Kompote . . . . . ¼ Pfund **50** ₰
sehr ergiebig 12020
(In der gestrigen Anzeige war durch einen Druckfehler ½ Pfd. statt ¼ zu lesen; auch muß es **Görzer** Prünellen heißen.)

Rasieren 10 Pfg. Haarschneiden 40 Pfg.
Hansastraße 46. (12008) A. Sebastian.

11005
Luisenlust
Mittwoch: Gr. Tanzkränzchen Eintritt u. Tanz frei

Trocadero
Täglich: (12002
Stimmungskonzert
Anfang 8 Uhr abends.

Café Bernhardt
Morgen Mittwoch:
Elite-Konzert
Operetten-Abend
Ab 4½ Uhr
12033 J. H. Wiese

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (11092

Stadttheater Lübeck
Dienstag 7.30 Uhr: **Der fliegende Holländer**
Mittwoch 7.30: 11059 **Der Bibliothekar**
Donnerstag 7.30 Uhr: **Polenblut**
Freitag 7.30 Uhr: **Martha** 11058

Lübecker Volksbote

Beilage — Dienstag, 11. November 1924 — Nummer 265

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 11. November.

Aus der Bürgerschaft.

Immunität. — Erwerbslose. — Personalabbau. — Kesseltreiben gegen die städtischen Betriebe. — Hausbesitzer und Senat. — Bebauungsplan für Kücknitz.

Zwei Stunden dauerte es gestern, bis die Bürgerschaft regelrecht in die Tagesordnung einhakte. Aber diese zwei Stunden waren ganz interessant. Da öffneten sich die treuen Seelen und ergossen ihre Schmerzen. Gar oft recht wunderbar. Ein ehemaliger Demokrat zeigte seine Fahnenflucht an, während der andere Deserteur noch fest als Mandatskleber die Belange seiner Wähler hochhält. Beides sind zwei Große im Reiche der Industrie und des Handels; bei Philippi werden wir sie wiedersehen. Neugierig erkundigte sich auch die hohe und allgewaltige Justiz nach dem Wohlergehen des Sozialdemokraten Dr. Leber, den sie so gern einmal fest in die Zange nehmen möchte. Neben diesem Schwerverbrecher hat die Staatsanwaltschaft noch Interesse an einem Schwarzhörer aus der Hausbesitzerfraktion, einem Mitgliede der KPD., das die Polizeistunde übertreten hat, und an Herrn Dr. Wittern. Wie Figura zeigt, zahlen wir die gewaltigen Ausgaben für das rote Haus in der Burgstraße nicht umsonst.

Aus der Einleitung dieser denkwürdigen Sitzung ist ferner mit Befriedigung zu entnehmen, daß sich der Senat vor allem für eine Erhöhung der beschämend niedrigen Erwerbslosensätze beim Reich verwandt hat. Er mußte diesen Schritt schon aus dem Grunde tun, weil eine Familie bei diesen Unterstützungen einfach verlumpt und verhungert und der Staat aus eigener Tasche zugeben muß. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Aufwendungen zum großen Teil von den Arbeitern selbst aufgebracht und demnach von einer Unterstützung kaum geredet werden kann. Ein kommunistischer Antrag fordert Herabsetzung der Karenzzeit für erwerbslose Seeleute zum Bezug der Erwerbslosenunterstützung von 3 Wochen auf 3 Tage. Ein solcher Antrag wurde von der zuständigen Gewerkschaft des ADGB., dem Aktionsausschuß der Seeleute, schon längst eingereicht.

Die sozialdemokratische Fraktion forderte Einstellung des Personalabbaues und besondere Unterstützung zu Weihnachten für die Erwerbslosen, Kriegerwitwen, Sozial- und Kleinrentner. Beim letzteren Antrag fand nur der Großkaufmann Stolterfoht den Mut der Ablehnung. Darauf kann der Mann stolz sein.

Und dann kam die große Sensation, entlud sich der Grimm der Vaterstädtischen über die städtischen Betriebe und deren Generaldirektor. Man denke: Dutzende Bürger mit und ohne Namen tummelten sich wochenlang auf der Eselswiese des wichtigtuerischen General-Anzeigers, und flehten wie dessen pastorale Sonntagsprediger den Zorn Gottes auf den gemeinwirtschaftlichen Betrieb herab. Nun waren es gerade in der von den Kapitalisten begünstigten Inflationszeit die Kapitalisten selber, die sich überall am eifrigsten für die Gemeinwirtschaft der städt. Betriebe einsetzten. Ursprünglich wollten sie diese ganz verschlucken. Da es ihnen aber nicht einmal gelang, die absolute Uebermacht zu erzielen, wandelte sich die Liebe in Haß. Aber die eigentlich Allmächtigen kamen nicht an die Oberfläche, zum Dolchstoß wurde auch hier wie so oft ein bibelfester Pastor ins Treffen geschickt. Ausgerechnet ein Pastor, Ziesenitz mit Namen. Er wohnt in Kücknitz, hält Predigten in Hoch- und Plattdeutsch, lehrt Psalmen und versteht demnach auch die Technik und Vielverzweigtheit eines Riesenbetriebes. Wenigstens tut er so, wie alle die superklugen Philister, die die zweifelhafte Unterstützung des General-Anzeigers genießen. Ob er auch mit der Weisheit der Allgewaltigen der Industrie an der Trave durchtränkt ist? Wer kann es wissen. Aber wir sind überzeugt, wenn er mit seinem universellen Geiste in die Geheimnisse der dortigen Direktionsbureaus eindringen wollte, sie würden den geschwätzigen Herrn auslachen oder zur Tür hinauswerfen. In der Bürgerschaft hat jeder das Recht, sich nach bestem Können zu blamieren. Gewiß ist, daß es immer und überall etwas zu verbessern und reformieren gibt und wir sind die letzten, die sich gegen billige Straßenbahnfahrpreise, wie Herabsetzung von Wasser, Gas und Elektrizität wenden. Aber mit leeren Redensarten ohne Unterlagen ist es nicht getan. Es ist Sache der Betriebsbehörde und des Senates, hier ernstlich zu handeln. Auch die Preise der Produkte industrieller Herrscher bedürften einer strengen Nachprüfung. Doch davon spricht man nicht. Die Wirtschaftsgemeinschaftler schreien ja seit undenklichen Zeiten nach Fachministern. Sie haben einen der tüchtigsten für die städt. Betriebe hergeholt. Und nun ist es auch wieder nicht recht. Recht ist es erst, wenn sie die Faust allein wieder auf alles legen können. Süß ist ihnen die Rache. Bei diesem wilden Tanz spielt nur eine Clique, die wahlverwandt ist mit den Dolchstößlern, die ihre rostige Waffe gegen das Theater schleudern. Ein Antrag fordert bereits wieder Beseitigung des Verwaltungsrats und Rückbildung in den alten Zustand. Die Genossen Haut und Dreger wiesen kurz und scharf die Angriffe auf den Verwaltungsrat zurück, wobei Haut dem fürwitzigen und überschlauen General-Anzeiger noch den Mund stoppte und der, wie wir nachträglich einflechten, heute morgen mit einer hundsgemeinen Verleumdung den Genossen Haut anrempelt.

Recht betrübt sind die Hausbesitzer über die Verfassungsänderung. (Herr Dr. Wittern leistete ihnen Sukkurs.) Sie präsentieren immer wieder den beim Volksentscheid blanko ausgestellten Shylockschein für den Hinauswurf sozialdemokratischer Senatoren. Dann kann die Komödie wie in Bremen beginnen. Böse Zungen behaupten, daß zwei ihrer Leute auf den Senatssessel spekulieren und daß sie als Hauptmatador ihren Busenfreund Nehlsen zu präsentieren gedenken. Energisch, wie die Dietrich und Schlosser einmal sind, ist ihnen dieser Witz schon zuzutrauen. Zudem sitzt auf ihren Bänken ein gelehrter Geist, der sich sogar einmal sozialdemokratisch taufen lassen wollte, sofern ihn die Proleten zum Senator erklären würden. Ja, was tut man nicht um der Sache willen!

Ueber den zukünftigen Bebauungsplan von Kücknitz wurde gegen Ende der Sitzung noch etwas debattiert. Es wird bis zu seiner Verwirklichung noch viel Wasser die Trave durchrinnen. Aber interessant ist er in seinen Einzelheiten gewiß. Mit ihm verknüpft ist auch die Verkehrsverbindung und vor allem die steuerliche Bewertung. Genosse Brehmer machte einige Andeutungen darüber, daß man achtgeben müsse, um nicht, wie es in anderen Großstädten vorgekommen ist, durch Grundstücksspekulationen Millionenbauern zu züchten.

Daß die Wirtschaftsgemeinschaft mutige Mitglieder in ihren Reihen zählt, bewies Herr Wasserbaudirektor Leichtweiß, der sich in Ermangelung eines Senatskommissars als solcher freihändig anpries. Wie man sieht, ist alles da, man muß es nur zu schätzen wissen.

Nähstube.

Der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt hat in der Schildstraße 10, I. Stock, eine Nähstube errichtet. In dieser Nähstube soll Kleidung und Wäsche zu Weihnachten für die Kinder der Erwerbslosen und Kranken angefertigt werden. Ferner wird Babywäsche angefertigt. Diese wird den auf Zuwachs rechnenden Familien, die nicht in der Lage sind, sich diese Wäsche kaufen zu können, unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Eine Anzahl sozialdemokratische Frauen haben sich bereit erklärt, die Näharbeiten unentgeltlich auszuführen. Ferner will der Ausschuß Gegenstände, die für die Krankenpflege benötigt werden (Luftkissen, Becken, Flaschen, Spucknäpfe usw.) anschaffen und leihweise (unentgeltlich) den Kranken zur Verfügung stellen.

Da nun der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt größere Geldmittel nicht besitzt, die Not aber in den oben geschilderten Bevölkerungsschichten sehr groß ist, richten wir die Bitte an alle Volksgenossen, den Ausschuß zu unterstützen und gebrauchte **Kleidung, Wäsche, Stiefel, Spielsachen usw. in der Nähstube abzuliefern bezw. Mitteilung dahin gelangen zu lassen.** Die Nähstube ist geöffnet nachmittags von 5—7 Uhr. Gelder für diesen Zweck können auf das Konto „Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt" bei der Bankabteilung der Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft, Mengstraße 24, eingezahlt werden.

Der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt.
J. A.: H. Wolfradt.

Achtung Erwerbslose.

Für die verheirateten erwerbslosen Mitglieder des Konsum-Vereins und für solche Erwerbslose, die Mitglied des Konsum-Vereins werden wollen, sind dem Sekretariat des A. D. G.-B., Johannisstraße 48, pt., eine Anzahl Karten für den Besuch der, vom 15. bis 19. d. Mts. stattfindenden Ausstellung für Volksernährung und Gemeinwirtschaft zur Ausgabe überwiesen worden.

Empfangszeit von Mittwoch bis Freitag dieser Woche, vormittags von 9—12 Uhr.

Der Vorstand des A. D. G.-B.
J. A.: **Dreger.**

Oeffentliche Bücherhalle. Eine französische Tageszeitung, der Quotidien, liegt jetzt im Lesesaal aus. Das Blatt, an dessen Leitung Buisson und Renaudel, die bekannten Anhänger des Friedensgedankens, beteiligt sind, vertritt eine demokratische, auf Verständigung und Zusammenarbeit mit Deutschland gerichtete Politik. Es wird der Lesehalle durch Vermittlung der Weltjugendliga, einer Organisation, die die Völkerverständigung fördern will, von der Redaktion als Freiexemplar zur Verfügung gestellt.

Aussicht auf ein lebhaftes Baujahr. Die Vorbereitungen für das kommende Baujahr deuten auf starke Bautätigkeit hin. In Erwartung ausreichender Mittel durch Hypothekendarlehen aus der Mietzinssteuer sind schon jetzt sehr zahlreiche Bauvorhaben angemeldet worden. Nach der Statistik der „Bauwelt" wurden im Oktober 1924: 2805 Wohnhäuser und 887 sonstige Bauvorhaben neu angemeldet, gegen 1708 Wohnhäuser und 675 andere Bauten im September 1924. — Im Oktober 1923, dem letzten Monat unter schwerer Inflationswirkung, wurden nur 579 Wohnhaus- und 203 Fabrik- und sonstige Bauten festgestellt. Die Zahl der Bauvorhaben ist also gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres auf ungefähr das Fünffache gestiegen.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Nach Neuyork: D. Cleveland am 13. 11., D. Mount Clay am 20. 11., D. Westphalia am 27. 11., D. Mount Clinton am 2. 12., D. Albert Ballin am 6. 12., D. Thuringia 11. 12., D. Deutschland am 18. 12. Nach Boston, Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. Kyphissia am 28. 11., D. Westerwald am 19. 12. Nach der Westküste Nordamerika: D. Schlesien am 22. 11., D. Brasilia am 13. 12., D. Aachen am 3. 1. 25. Nach Südamerika: D. Steigerwald am 12. 11., D. Schwarzwald am 20. 11., D. Bayern am 29. 11., D. Sachsenwald am 13. 12., D. Wasgenwald am 20. 12. Nach Mexiko: D. August Leonhardt am 20. 11., D. Toledo am 29. 11., D. Nord-Schleswig am 10. 12., D. Rio Panuco am 20. 12. Nach Cuba: D. Adalia am 28. 11., D. Antiochia am 24. 12. Nach Westindien: D. Teutonia am 15. 11., D. Haimon am 29. 11., D. Galicia am 13. 12. Nach Ostasien: D. Derfflinger am 15. 11., D. Knight Companion am 22. 11., M.-S. Rheinland am 29. 11., D. Lorenzo am 6. 12., M.-S. Fulda am 13. 12.

*

Travemünde. Am Sonntag nachmittag veranstaltete die Ortsgruppe Travemünde des Sozialdemokratischen Vereins im großen Saale des Kolosseums eine Revolutionsfeier, zu der sie den Genossen Dr. Vieth als Redner erbeten hatte. Der Referent lenkte die Gedanken zurück zu den grauenvollen Kriegsjahren und stellte dem verlogenen, von den Rechtsparteien schön zurechtgeschminkten Gesicht des Krieges dessen wahres Gesicht gegenüber. Mit einem einhämmernden, regelmäßig wiederholten „Denkt daran und vergeßt es nie!" ließ der Vortragende die furchtbaren Kriegsfolgen und die unendlichen Heere der Kriegsopfer vorüberziehen. Eingehend wies er sodann nach, wie bewußt und unwahr die sogen. Dolchstoßlegende sei. Schon Anfang Oktober habe bekanntlich Ludendorff die Nerven verloren und die Unhaltbarkeit der deutschen Stellung ausgesprochen und schnellste Waffenstillstandsverhandlungen gefordert. Man rechne auch jetzt wieder auf die Vergeßlichkeit der großen Massen. Die wahren Dolchstößer waren u. a. die Korrumpiertheit weiter Kreise, die sich in Drückebergerei und Schiebertum äußerten und vor allem die falsche Geldpolitik Helfferichs —, die der Rieseninflation die Wege bereitete. Die Revolution war nicht nur ein Zusammenbruch alter Gewalten, sondern die Schwelle einer neuen Zeit in unserer politischen Entwicklung; sie habe dem Proletarier Mitbestimmungsrecht und ein Vaterland erkämpft; hierauf gelte es zähe weiter zu bauen; die Sozialdemokratie sei in der Republik eine bewußt staatsbejahende Partei geworden, auch in der Opposition. Redner lenkte den Blick dann auf die Kuhhandelei der Rechtsparteien im Reichstag und auf die kommenden Reichstagswahlen, deren große Bedeutung für die künftige Außen- und Innenpolitik er im einzelnen darlegte. Starker Beifall dankte dem Vortragenden für seine einstündige Ansprache.

Vorwerk. Der sozialdemokratische Verein hatte zu Sonnabend abend seine Mitglieder zu einer schlichten Revolutionsfeier eingeladen. Genosse Wolfradt hielt die Festrede, die in einem Hoch auf die Arbeiterbewegung ausklang. Neben einer Verlosung von Wurst, Schokolade usw. wurden noch von dem neugegründeten Gesangverein einige Lieder vorgetragen. Zum Schluß wurde eine Sammlung für den Wahlfonds vorgenommen, die 25 Mark erbrachte, worüber wir an dieser Stelle dankend quittieren.

Seeretz-Dänischburg. Die Soz. Partei veranstaltete am 9. November eine öffentliche Versammlung mit Revolutionsfeier. Die Referentin Genossin Toni Jensen-Kiel verstand es in vortrefflicher Weise, die Besucher der Versammlung bei den bevorstehenden Wahlen, für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Der gemischte Chor unter Leitung seines bewährten Dirigenten brachte verschiedene Lieder sehr gut zum Vortrag. Es zeigt sich auch hier, daß die Arbeiterschaft von Seeretz-Dänischburg geschlossen hinter der Sozialdemokratischen Partei steht.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 10. November.

Immunitätsfragen und anderes.

Der Wortführer Ehlers gibt ein Schreiben vom Präses H. Eschenburg bekannt, der infolge des Austritts aus der Demokratischen Partei sein Mandat niederlegt. An dessen Stelle tritt Vorarbeiter Böking. Das sozialdemokratische Bürgerschaftsmitglied Hagelstein-Travemünde legt sein Mandat krankheitshalber nieder. Sein Nachfolger ist Harms-Schlutup. — Die Kommunistische Fraktion fordert sofortige Besprechung ihrer Anträge über die Herabsetzung der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserpreise sowie der Straßenbahntarife. — Der Oberstaatsanwalt Dr. Lienau fragt an, ob die Immunität Dr. Lebers wegen des Artikels: Der Held von Palästina nunmehr aufgehoben werde, nachdem er sich als Verfasser des Artikels bekannt habe. — Der kommunistische Antrag von letzter Sitzung betr. Haftentlassung der Arbeiter Glade und H. Ehlers wird mit einfacher Mehrheit angenommen; 5 Hausbesitzer stimmen für den Antrag, die übrige Rechte dagegen. Er geht an den Bürgerausschuß. — Ein weiterer kommunistischer Antrag fordert Erlaß der über die Seeleute des Dampfers Segina verhängten Strafe von 100 Mk. Die Strafe wurde wegen Teilnahme am Streik im April verhängt. Sämtliche kommunistischen Anträge werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. — Die Rechte erhebt Protest gegen die Richtigkeit der Abstimmung über einen weiter unten bekanntgegebenen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag. Dr. Haun und Haut (Soz.) betonen, daß Einwände dieser Art von der Rechten bisher nicht gemacht wurden. Man habe sich der sofortigen Behandlung nicht widersetzt. — Haut (Soz.) gibt Mitteilung über die Beratung des **Aeltestenausschusses betr. Aufhebung der Immunität der Bürgerschaftsmitglieder Dr. Wittern, Hesti, Roß und Klann.** Dr. Wittern wünscht die Aufhebung für seine Person und fordert schlechthin, Aufhebung der Immunität für alle Bürgerschaftsmitglieder. Die Aufhebung der Immunität für Klann (wegen Beleidigung des früheren Mitglieds der KPD. Zonetien) wird abgelehnt. — Gegen die Stimmen der Völkischen wird die Aufhebung der Immunität von Roß (Uebertretung der Polizeistunde) und Hesti (wegen Schwarzhörens) abgelehnt. Auf Antrag des Haushaltsausschusses wird die Beschlußfassung der Aufhebung der Immunität Dr. Witterns ausgesetzt.

*

Senator Dr. Vermehren gibt u. a. bekannt, daß beim **Ausbau der Lübeck-Travemünder Landstraße** zuerst die schlechtesten Strecken mit Kleinpflaster belegt werden sollen. Zuerst kommt in Frage die Strecke von der Abzweigung Schlutup bis zur Herrenbrücke. 1925 soll die Pflasterung bis Ivendorf weitergeführt werden und zwar zuerst bei den bebauten Strecken Siems und Kücknitz.

Seeleute. — Erwerbslose.

Der Senat gibt weiter bekannt, daß er den wegen Beteiligung am englischen Seemannsstreik **verurteilten Seeleuten des Dampfers Possehl** die Strafe nicht ganz erlassen kann. Er habe bereits den 15 Seeleuten je 50 Mk. erlassen. Die weiteren 50 Mk. müßten sie bezahlen. In anderen Hafenstädten habe kein Straferlaß stattgefunden.

Beim Reichsarbeitsminister wurde das Ersuchen gestellt, dem Wunsche zu entsprechen, daß die Notstandsarbeiter in der Klasse zur Invalidenversicherung versichert werden, in der sie am Schlusse ihrer letzten Beschäftigung waren. Auch wurde gebeten, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Erwerbslosen durch eine Erhöhung der Unterstützungsätze zu berücksichtigen. Dem Senat sei bekannt, daß die Armenbehörde für viele Familien eintreten müsse. Aus sozialen Gründen sei es unerwünscht von mehreren Stellen aus Unterstützung zu geben. Der lübsche Gesandte sei beauftragt, bei der Reichsregierung für **eine angemessene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung einzutreten.**

Eine weitere Senatserklärung betrifft die Untersuchungshaft dreier Mitglieder der KPD. wegen angeblichen Hochverrats.

Sozialdemokratische Dringlichkeitsanträge.

1. Dringlicher Antrag Bruns und Fraktion. Die Bürgerschaft ersucht den Senat bei der Reichsregierung und im Reichsrat dahin zu wirken, daß:

1. **Die Personal-Abbauverordnung mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.**
2. **Daß bis zur Entscheidung dieses Antrages durch die in Frage kommenden gesetzgebenden Körperschaften, die Beamtenkommission des Senates beauftragt wird, den Abbau einzustellen.**

Wird gegen wenige Stimmen der Wirtschaftsgemeinschaft und der Völkischen mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

2. Dringlicher Antrag Bruns und Fraktion:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat zur Weihnachtsunterstützung der Erwerbslosen, Kriegswitwen, Sozial- und Kleinrentner, dem Wohlfahrtsamt baldigst einen angemessenen Betrag zur Verfügung zu stellen.

Wird gegen die Stimme Stolterfohts (Wirtschg.) angenommen.

Angriff auf die städtischen Betriebe.

Ziesenitz (Wirtschg.) beantragt u. a., daß die städtischen Betriebe mehr als bisher den Interessen der Bevölkerung Rechnung tragen. Ziesenitz kommt auf die Eingesandts der bürgerlichen Presse über die Straßenbahnverhältnisse zu sprechen. Die Umwandlung der städtischen Betriebe habe sich nicht nach den Wün-

schen der Bürgerschaft ausgewirkt. Ob die Interessen der Allgemeinheit von den in den Verwaltungsrat entsandten Mitgliedern gewahrt worden seien, entziehe sich seiner Kenntnis. Die Aeußerungen des Generaldirektors auf die Eingesandts des Gen.-Anz. seien nicht dazu angetan, ein gutes Verhältnis zu schaffen. Die städtischen Betriebe hätten ein großes Teil des Vertrauens der Bevölkerung verscherzt. Dringende Lebensnotwendigkeiten im Verkehr habe man außer acht gelassen. Auch die Polizei habe es unterlassen, verkehrspolizeiliche Maßnahmen bei Ueberfüllung der elektrischen Wagen zu ergreifen. Der 80-Minuten-Verkehr nach Kücknitz lasse den Zusammenhang mit dem Industriegebiet vermissen. — Senator Dr. Vermehren erklärt, der Senat habe beschlossen, die Verhältnisse der Straßenbahn zu prüfen. Zu der eingehenden Aussprache müßten die betr. Beamten zugezogen werden. — Haut (Soz.) erwidert Ziesenitz, dieser möge sich über die Tätigkeit des Verwaltungsrates bei Herrn Klempnermeister Thode erkundigen, der der Wirtschaftsgemeinschaft angehöre und im Verwaltungsrat sitze. — Der Wortführer Ehlers schlägt vor, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Dieser Antrag wird angenommen.

Haut (Soz.) verwahrt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Angriffe von Ziesenitz, daß der Verwaltungsrat sich des Vertrauens unwürdig gezeigt habe. Man müsse sich über den von der Wirtschaftsgemeinschaft eingenommenen Standpunkt wundern. Der Redner kritisiert ferner die durchsichtige Kampfesweise der General-Anzeiger-Eingesandts und bezeichnet diese Methode als unmoralisch. Sonderbar sei es, daß der General-Anzeiger diese Preisregulierung nicht im eigenen Betriebe anwende. (Der Wortführer bezeichnet diese Erklärung als zu weitgehend für eine persönliche Bemerkung.) — Dreger (Soz.) weist den Vorwurf scharf zurück, daß die Verwaltungsratsmitglieder der städtischen Betriebe nicht die Interessen der Oeffentlichkeit wahrgenommen hätten. Er erachte es unter seiner Würde, einer solch niederträchtigen und schamlosen Hetze das Wort zu gönnen.

*

Ein Antrag Klann (Komm.) fordert, den lübschen Vertreter im Reichsrat anzuweisen, dafür einzutreten, daß die Wartezeit für erwerbslose Seeleute von 3 Wochen auf 3 Tage herabgesetzt wird. — Der Antrag wird als dringlich anerkannt. Die Wirtschaftsgemeinschaft enthält sich der Stimme.

Die Senatsanträge.

Anklagen gegen die Justiz.

Nachbewilligung für die Strafanstalt Lauerhof. — Ewers (Wirtschg.) fordert Ueberweisung an den Haushaltausschuß. Die Aufstellung der Heizungskosten sei fahrlässig gemacht. — Senator Mehrlein betont, die Preise der Heizmaterialien seien seit der Zeit des Voranschlages gestiegen. Das habe man damals nicht wissen können. Außerdem backe man dort Brot und bereite das Essen für das Heiligengeisthospital. — Roß (Komm.) stimmt der Vorlage zu. Die Zellen müßten besser geheizt werden. Der Redner bemängelt, daß für die Untersuchungsgefangenen noch das Rauchverbot bestehe, was in Preußen nicht der Fall sei. Auch sonstige Beschränkungen würden den Untersuchungsgefangenen auferlegt. Die Arbeiterin Siems sei im April ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Nun habe man sie mit der Einhändigung des Fahrgeldes in Stettin entlassen. Diese Art Behandlung sei ein Verbrechen. Aufgehoben werden müsse die Anrechnung von Kohlen an Untersuchungsgefangene. Protest erfordere die Verhängung der 9monatigen Untersuchungshaft gegen Glade und Ehlers, von denen die Staatsanwaltschaft noch nicht wisse, ob überhaupt Anklage erhoben werden könne. — Senator Mehrlein: Dem Einfluß des Senats ist es zu verdanken, daß jetzt die Staatsanwaltschaft sich ernstlich um Glade, Ehlers und Siems bemüht. Der erste Erfolg unseres Vorgehens ist die Entlassung der Arbeiterin Siems. Wenn s. z. verschärfte Maßnahmen erfolgten, so geschah es auf Veranlassung des Untersuchungsrichters in Stargard. Das Rauchen ist den Untersuchungsgefangenen in der Freizeit gestattet. Sonst verbietet die Feuergefährlichkeit diese Vergünstigung. Politischen Gefangenen ist das Rauchen immer gestattet worden. — Ewers (Wirtschg.) gibt juristische Auslegungen über die Schutzhäftlinge und über die Auferlegung von Unterhaltskosten für Untersuchungsgefangene. — Dietrich (Hausb.) begrüßt die polizeilichen Strafmaßnahmen betr. des Rauchverbotes und schildert einen Fall einer unverantwortlichen Verhaftung mit unangenehmen Folgen. — Senator Mehrlein ist über den Fall nicht informiert. Er werde der Sache nachgehen. — Der Antrag auf Ueberweisung an den Haushaltsausschuß wird abgelehnt. Der Senatsantrag wird mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

Landesverfassung.

Aenderung der Lübeckischen Landesverfassung. — Dinter (Hausb.) lehnt den 1. Teil der Vorlage als Protest ab. Er protestiert auch gegen die Art und Weise wie der Ausschuß die Umbildung des Senates betreibe. Bisher sei überhaupt noch nichts erreicht worden. Die Bevölkerung, die sich beim Volksentscheid für den Senat ausgesprochen habe, warte vergebens auf die Einlösung der Versprechen. Mißstellen herrsche auch über die ganze Handhabung der Verwaltungsreform. — Ewers (Wirtschg.) stimmt der Rüge des Vorredners zu. Man hoffe aber bis zum 31. März nächsten Jahres auf eine endgültige Regelung. Die hier vorgeschlagene Abänderung bedeute keine Verfassungsänderung, sondern nur eine Hinausschiebung bis zum endgültigen Ergebnis. Rein praktische Erwägungen würden zur Annahme des 1. Teiles der Vorlage zwingen. — Senator Dr. Vermehren hoffe ein allseitig befriedigendes Ergebnis bei den Beratungen über die Zusammensetzung des Senats. Die Verwaltungsreform sei eine schwierige Arbeit. — Roß (Komm.) sieht in der Senatsreform nur einen Kampf um die Sitze, bei der jede Partei die andere beiseite zu schieben trachte. Die Kommunisten würden den Antrag ebenso ablehnen wie das Bewilligungsrecht des Bürgerausschusses, der sowieso überflüssig sei. Der Bürgerausschuß habe sich bei der Umrechnung von Papier- zur Goldmark einen Verfassungsbruch zu Schulden kommen lassen. — Dr. Wittern (Wirtschg.) unterstreicht das letztere. — Eckholt (Dem.) polemisiert gegen Dinter. Dieser müsse wissen, daß eine Senatsvorlage der Bürgerschaft zugegangen sei, die eine ganz wesentliche Verringerung des Senats vorsehe. Herr Dinter habe diesem Antrage selbst zugestimmt. Der Senatsantrag wolle die Flickschusterei verhindern und die Angelegenheit nur hinausschieben, um sie definitiv zu regeln. — Dr. Wittern beantragt Außerkraftsetzung des Art. 12, Abs. 2, Satz 3 und Art. 13 der Verfassung bis zum 31. März 1925. — Senator Dr. Vermehren erklärt, man habe die Kompetenz des Bürgerausschusses nicht unterbinden wollen. Alle Beschlüsse zwischen Senat und Bürgerausschuß seien der Bürgerschaft mitgeteilt und von ihr genehmigt worden. Der Antrag von Dr. Wittern könne nicht ohne weiteres angenommen werden. Der Antrag des Gemeinsamen Ausschusses sei wohlerwogen. — Dietrich (Hausbes.) unterstreicht die Ausführungen seines Fraktionskollegen Dinter. — Haut (Soz.) beantragt Vertagung der Bürgerschaft auf 10 Minuten, damit sich der Aeltestenausschuß mit dem Antrag Wittern befassen könne. Seiner Ansicht nach sei dieser Antrag verfassungsrechtlich nicht statthaft. — Dem Antrag Haut wird zugestimmt.

Der Aeltestenausschuß schlägt vor, diesen Senatsantrag von der Tagesordnung abzusetzen und am Donnerstag weiterzuberaten, an welchem Tage der Rest der Tagesordnung erledigt werden soll. Wie Haut dazu bemerkt, soll dem gemeinsamen Ausschuß dadurch Gelegenheit gegeben werden, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. — Der Vorschlag des Aeltestenausschusses wird angenommen.

Verstoß gegen die Baubehörde.

Nachbewilligung für die Baubehörde. (125 691 Mk.) — Pederzani (Hausbes.) kritisiert die Nachforderungen. Er stellt den Antrag, der Baubehörde von den nach Art. 38 geforderten 38 875 Mk. nur 15 Proz. nachzubewilligen. Sie müsse Sparsamkeit üben. Der Beamtenapparat der Baubehörde sei zu groß. — Ein Antrag über Straßenverbesserung in Schlutup liegt vor. — Senator Dr. Stooß betont, es werde nach Möglichkeit gespart. (Zuruf: Sie haben doch 11 Baurätel) Die können wir nicht abschaffen. — Stolterfoht fordert nochmalige Prüfung der Nachforderung nach Art. 38 (allgemeine Verwaltung). 27 700 Mk. würden allein für Arbeiterversicherung gefordert. Man müsse fragen, ob wirklich so viel Notstandsarbeiter beschäftigt werden. Eine getrennte Rechnungsführung sei notwendig. Die Postgebühren der Baubehörde seien zu hoch. Auch müsse stets Rechnungslegung über den Art. 19 gegeben werden. — Senator Dr. Vermehren erklärt, der Senat habe die Finanzbehörde angewiesen, diesem Ersuchen zu entsprechen. Durch die wiederholten Gehaltserhöhungen haben sich genaue Unterlagen noch nicht schaffen lassen. Es werde aber in Zukunft der Bürgerschaft Auskunft gegeben. — Oberbaudirektor Baltzer betont, der Voranschlag sei noch zur Zeit der Inflation aufgestellt. Man habe im Frühjahr noch nicht überblicken können, wie sich die Verhältnisse entwickeln würden. Bei der Arbeiterversicherung erheische die Unfallversicherung die meisten Mittel. — Senator Dr. Stooß: Die Finanzbehörde hat die Forderung der Verlängerung der Fabrikstraße bis zum Endpunkt der Hafenstraße in Schlutup günstig beurteilt. Die völlige Auspflasterung erfordere allerdings 100 000 Mk. mehr. — Ziesenitz (Wirtschg.) fordert von der Baubehörde, daß sie dem wachsenden Verkehr in der Fischindustrie Rechnung trage. Der Instanzenweg sei bei der Baubehörde äußerst langweilig. Sie müsse sich innerlich selber sanieren. — Senator Dr. Stooß ladet den Redner ein, sich bei der Baubehörde von der Unrichtigkeit seiner Behauptungen zu überzeugen. — Henk (Wirtschg.) wünscht, daß die Kleinpflasterung der Travemünder Chaussee bei Ivendorf nach Herrenbrücke zu begonnen wird. — Dietrich (Hausbes.) bringt ebenfalls Wünsche auf Pflasterungen in Schlutup vor. — Nickel (Komm.) fordert Herrichtung des Weges von der Hansabrauerei bis zur Lohmühle. — Der Senatsantrag wird mit der Abänderung Stolterfohts betr. Ueberweisung des Postens nach Art. 38 an den Haushaltsausschuß, angenommen. Das Ersuchen Ziesenitz wird angenommen.

Bebauungsplan für Kücknitz.

Generalbebauungsplan für Kücknitz-Herrenwyk-Siems. — Ziesenitz (Wirtschg.) fordert Ueberweisung an den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen. Eine eingehende Orientierung der Mitglieder sei notwendig. Die Vorlage enthalte den inneren Wert, den industriellen Gedanken Lübecks marschieren zu lassen. Der Redner bespricht die versäumte Absicht, ein idyllisches Villenviertel in dem schönen Landschaftsbild erstehen zu lassen. Versäumt sei dieses durch die kurzsichtige Verkehrspolitik der Lübeck-Büchener Eisenbahn. Später habe man nicht den Mut gehabt, schöne Siedlungen neben der erstehenden Industrie zu errichten. Die Industrie sei auf sich selbst angewiesen gewesen, so daß kein einheitliches Bild erstehen konnte. Die Vorlage des Bauamtes trage den Bedürfnissen der Industrie und der Ansiedler Rechnung. Der beschrittene Weg sei notwendig und liege im Interesse des Siedlungsgebietes. — Senator Dr. Stooß: Der Senat hat gar nichts anderes als Ausschußberatung erwartet. Den Mitgliedern wird selbstverständlich Gelegenheit zu ausgiebiger Besichtigung gegeben. — Brehmer (Soz.) erklärt, seine Fraktion habe ebenfalls beabsichtigt, die Vorlage einer Kommission zu überweisen. Der Ausschuß dürfe sich nicht allein darauf beschränken, die Vorlage selbst zu prüfen, sondern müsse staatliche Dinge berühren, die bei dieser Gelegenheit miterörtert werden müßten. In erster Linie denke er an die Grund- und Gebäudesteuer. Man müsse acht darauf geben, daß dort nicht die sogenannten Millionenbauern erstehen. Auch die Verkehrsfrage bedürfe der Beratung. — Roß (Komm.) glaubt, der Plan riehe nach vaterstädtischer Politik. Man sollte das Wohnzentrum auf die rechte Seite der Trave verlegen. Neue Verbindungswege nach dem Industriegebiete müßten geschaffen werden. Besser sei, das Wohnzentrum nach Lübeck zu zu verlegen. Der jetzige Plan sehe danach aus, als wollte man etwaige Mecklenburger Arbeiter, von denen man glaube, daß Lübeck keinen Nutzen davon habe, abhalten. Ein Bewohner von Marli erreiche Schlutup zu Fuß schneller als mit der Elektrischen. Die Arbeiter, die in Lübeck wohnen, hätten einen großen Zeitverlust bis zur Arbeitsstelle. Eine entscheidende Aenderung sei notwendig. — Der Antrag Ziesenitz auf Ueberweisung an den Ausschuß wird einstimmig angenommen.

Initiativanträge.

1. Einsetzung eines 9gliedrigen Ausschusses zur Prüfung des Verwaltungsausschusses der städtischen Betriebe.
2. Die städtischen Betriebe sollen in unmittelbare Verwaltung des Staates zurückgeführt werden.
3. Pederzani fordert einen Gesetzentwurf für besondere Steuerklassifizierung von Grundstücken mit Apothekengerechtsamen und Gast- und Schankrecht.
4. Wird der Senat ersucht, im Aufsichtsrat der städt. Betriebe dahin zu wirken, daß im Gesamtbereich der Straßenbahn Arbeiterwochenkarten eingeführt werden.
5. Ein Ersuchen fordert, daß die Oberschulbehörde Lehrerstellen an den Volksschulen nicht mit auswärtigen Kräften, sondern mit den vorhandenen Junglehrern besetzt werden.
7. Ein Ersuchen wünscht Siele und Wasserleitung für Krempelsdorf, sowie Kabellegung für elektrisches Licht.

Diese Anträge werden die nächsten Tagesordnungen zieren. — Schluß 10 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag.

Der Vorstand des Vereins der Musikfreunde übermittelt uns aktenmäßiges Material auf den Artikel des Orchestervorstandes in Nr. 261 des Lüb. Volksb., in dem betont wird, es sei unrichtig, daß dem Vorstande oder auch nur einem seiner Mitglieder die Konzerttage des Städtischen Orchesters bekannt gewesen wären, als er seine Konzerttage endgültig festlegte. Vielmehr wurde insbesondere die Verabredung mit Herrn Erb für den 3. November, die auf einem Vorschlage des Künstlers selbst beruhte, abgeschlossen in Unkenntnis des Umstandes, daß für den gleichen Tag auch ein Orchesterkonzert in Aussicht genommen war. Diese Tatsache wird bestätigt durch einen uns vorgelegten Schriftwechsel, an dem zu zweifeln wir keinerlei Ursache haben. Weiter wird erklärt: „Im gegenwärtigen Augenblick auf die übrigen Ausführungen des Orchestervorstandes im Rahmen einer Zeitungsdebatte einzugehen, hält der Vorstand des V. d. M. im Interesse der Musikpflege in Lübeck nicht für förderlich. Er behält sich jedoch vor, zu gegebener Zeit und am rechten Orte zu den angeschnittenen Fragen in vollem Umfange Stellung zu nehmen."

Die Kartoffelernte.

Ueberfüllung der Märkte. — Sinkende Preise im Großhandel.

Zu Beginn der Ernte wurde gesagt, die Kartoffelernte sei in verschiedenen Provinzen nicht besonders gut ausgefallen und daß vor allem die geernteten Kartoffeln zum großen Teil eine so geringe Haltbarkeit zeigen, daß das Einlagern von größeren Mengen von Kartoffeln zur Unmöglichkeit wurde, weil mit einem schnellen Verderben der eingelagerten Kartoffeln gerechnet werden muß. Die Ernte der Winterkartoffeln ist heute beendet und man kann sagen, daß sich das Bild wesentlich günstiger gestaltet als vor ein paar Wochen. Zunächst einmal: Von Kartoffelknappheit kann nicht gesprochen werden, im Gegenteil, es ist eine Ueberfülle von Kartoffeln auf dem Markt, und da der Großhandel aus alter Praxis vor allem das Industriegebiet beliefert hat, stehen und lagern heute im Rheinland und in Westfalen eine unglaublich große Menge von Kartoffeln. Im rheinischen Industriegebiet z. B. befinden sich, wie der Vorwärts berichtet, vor einiger Zeit noch 3000 Waggons Kartoffeln bahnlagernd, die nicht verkauft werden konnten. Da die Standgelder außerordentlich hoch sind (sie betragen für den ersten Tag 30, für den zweiten 60 und vom dritten Tag fortlaufend täglich 90 Mark) ist für diese 3000 Waggons Kartoffeln bereits ein so hoher Standpreis allein zu entrichten, daß von einem Verkauf der Ware nicht mehr gesprochen werden kann. Dasselbe Bild zeigt sich in Westfalen, wo die noch immer in Scharen sich aufhaltenden Händler aus den Erzeugergebieten die Kartoffeln verschleudern und zu jedem nur annehmbaren Preise abgeben. Aehnliches wird aus Frankfurt a. M. gemeldet und aus Hamburg. In Schlesien, in der Grenzmark, in Pommern, Mecklenburg, Provinz Brandenburg, in der Altmark, in der Provinz Sachsen, in Braunschweig, Schleswig-Holstein und Baden ist das Kartoffelgeschäft ebenfalls vollständig ins Stocken geraten, weil das Angebot bedeutend größer ist als die Nachfrage. In Pommern gehen daher die Landwirte dazu über, einen Teil ihrer Kartoffeln, von denen sie sich nur eine geringe Haltbarkeit versprechen, und von deren Verkäuflichkeit sie sich wenig erhoffen, zu Flocken zu verarbeiten.

Die Kartoffelernte in Deutschland geht so weit, daß selbst in der Schweiz ein derartiges Ueberangebot von Kartoffeln vorliegt, wie es die Schweiz noch niemals erlebt hat. Um übrigens die Haltbarkeit der Kartoffeln zu erhöhen, wird von der „Kartoffelzeitung" ein sehr einfaches Mittel angegeben. Um die Kartoffeln vor der Fäulnis zu bewahren, muß man sie mit gemahlenem, aber nicht gelöschtem Aetzkalk bestäuben. Dieser Kalk ist in allen Baumaterialiengeschäften zu haben. Die Kartoffeln werden mit so viel Kalk bestreut, bis sie vollständig weiß bepudert sind. Der gebrannte Kalk saugt die Feuchtigkeit an der Oberfläche auf, trocknet die Kartoffeln und wirkt fäulnishindernd.

Die Steuern der Schaffenden.

Schon wieder 67 Prozent aller Steuern. — Sinkender Lohn und Erhöhung der Lasten.

Die Reichsregierung hat in diesen Tagen auch Steuerermäßigungen versprochen. In Anbetracht dessen ist es besonders wichtig, auf die unhaltbar hohe Besteuerung des Arbeitseinkommens zu verweisen und mit Nachdruck eine Neuregelung der Lohnsteuerabzüge zu fordern. Im verflossenen Inflationsjahre haben die Lohnempfänger fast die gesamten Einkommensteuern allein aufbringen müssen. Das zeigt folgende Tabelle sehr klar. Vom Gesamtaufkommen der Einkommensteuer entfielen z. B. auf die Lohnsteuer im Jahre 1923:

im Januar	90,0	Proz.	im Juli	92,2	Proz.
„ Februar	94,2	„	„ August	55,2	„
„ März	95,2	„	„ September	82,2	„
„ April	78,7	„	„ Oktober	84,1	„
„ Mai	53,8	„	„ November	91,4	„
„ Juni	82,4	„	„ Dezember	92,2	„

Im Jahresdurchschnitt sind von den Lohnempfängern also 82,6 Prozent aller Einkommensteuern aufgebracht worden. Infolge der Festigung der Währung ging in den ersten Monaten des Jahres 1924 der Anteil der Lohnempfänger etwas zurück. Im Januar betrug er 45,3 Prozent, im Februar 49,0 Prozent, und im März 44,4 Prozent. Seitdem ist er aber wieder erheblich gestiegen. Er betrug z. B.:

im April 1924:	52,8 Prozent
im Mai 1924:	54,2 Prozent
im Juni 1924:	63,3 Prozent
im Juli 1924:	56,1 Prozent
im August 1924:	61,2 Prozent
im September 1924:	67,0 Prozent

Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten ist im Laufe dieser letzten sechs Monate bestimmt gesunken, gleichwohl ist ihre steuerliche Belastung im Verhältnis zu den übrigen Steuerzahlern unausgesetzt gestiegen.

Wir Sozialdemokraten fordern von der Regierung, daß die Lohnsteuer sofort entscheidend herabgesetzt und dafür die hohen privaten Einkommen stärker als bisher steigert. Das Arbeitseinkommen ist namentlich in kinderreichen Familien ohnehin viel zu hoch durch die rohe Form der Umsatzsteuer und der unterschiedslos erhobenen Mietzinssteuer viel zu stark belastet. Die Not der Arbeiterschaft ist zu einem erheblichen Teil den hohen Steuerabzügen vom Arbeitslohn zuzuschreiben.

Welcher Arbeitnehmer wünscht nicht, daß das anders wird? Die Möglichkeit hierzu aber besteht nur, wenn die Arbeitnehmer am 7. Dezember endlich auch ihresgleichen in genügender Zahl in die Parlamente entsenden. Wer den Parteien des Besitzes, besonders der Rechten, seine Stimme gibt, darf sich später nicht wundern und nicht beschweren, wenn er die Quittung dafür in erhöhten Steuerabzügen erhält.

Stahlhelm und Reichswehr.

Der Stahlhelm geht über Leichen.

Deutsche Tage und deutsche Abende sind eine Spezialität der sogenannten vaterländischen Verbände im völkischen Sinne, zu denen bekanntlich auch der Stahlhelm zählt. Dessen enge freundschaftliche Beziehungen zur Reichswehr haben schon öfters zu Preßauseinandersetzungen geführt, bei denen in der Regel die Unschuld dieser Freundschaft bewiesen wurde. So ist es auch in Lübeck. Denn sonst wäre es nicht gut denkbar, daß die Reichswehrkapelle heute abend in der Flora die Stim-

12009

...ung für den Deutschen Stahlhelmabend anschlägt. Welchen Zwecken derartige deutsche Abende dienen sollen, weiß jedes Kind. Es weiß auch, daß die Stahlhelmleute mit den Deutschvölkischen identisch sind. Und da wir gerade Wahlzeit haben, so wird man den Ton schon treffen. Mit Pauken- und Trompetenschall wird man Begeisterung für Kaiser und Reich entfachen und im Innern nachsinnen, wie die herrlichen Zeiten wieder herbeigezaubert werden können. Es ist ja schließlich Sache der Stahlhelmer, wie sie ihrem Tamtam schlagen und welche Helden sie hinter den Saalgardinen feiern wollen, aber die Oeffentlichkeit geht es doch immerhin etwas an, was die Reichswehrkapelle bei diesen Vorbereitungen zur Wahl zu tun hat. Denn daß hier nur der sogenannte Frontgeist gepflegt werden soll, glauben die Veranstalter gewiß selbst nicht.

Der Stahlhelm ist die ausgesprochene Organisation zur Wiedererrichtung der Monarchie, in der der Kadavergehorsam so schön gezüchtet wurde. Stahlhelm und Ehrhardtleute waren beteiligt an Putschen und Ministermorden, sie haben zur Zeit ihrer Hochkonjunktur Deutschland ganz gefährlich beunruhigt. Da hat also die Reichswehr und deren Kapelle bei diesen Veranstaltungen mit politischem Hintergrund ganz und gar nichts zu suchen.

*

Auf die politische Tätigkeit des Stahlhelms wirft übrigens ein Vorgang in Frankfurt a. d. O. ein grelles Licht. Dort hatte der „Stahlhelm" bei der Bekämpfung der sozialdemokratischen Parteiorganisation an unsere Stadtverordnetenfraktion die offene Anfrage gerichtet, ob sie den Stahlhelm für eine gemeingefährliche Organisation halte. Die Fraktion hat nicht gezögert, diese Frage ohne jeden Vorbehalt für die Frankfurter Ortsgruppe des Stahlhelms mit Ja zu beantworten. Zur Begründung dieser Stellungnahme berief sich die Fraktion u. a. auf einen Vorgang in der Frankfurter Stadtverwaltung. Der Stahlhelm betrieb durch seine Beauftragten die Anstellung eines seiner Mitglieder, des Magistratsratsangestellten Rey, als Verwaltungssekretär ziemlich aufdringlich. Stadtrat Dr. Müller erblickte in der Art des Vorgehens der Stahlhelmleute eine Nötigung und Drohung, was den einen Stahlhelmführer, Grothe, zu der Aeußerung veranlaßte: „Eine Drohung sieht ganz anders aus! **Wenn Frontsoldaten wirklich drohen, dann wählen sie andere Formen, dann gehen sie furchtlos über Leichen,** selbst über Stadtratsleichen." Grothe wurde dieserhalb wegen Beamtennötigung vor Gericht zur Rechenschaft gezogen und zu ganzen 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er auch noch Revision ein, die aber verworfen wurde. Trotzdem besaß der Frankfurter Stahlhelm die Courage, gegen einen unserer parteigenössischen Stadtverordneten wegen der rückhaltlosen Bejahung der Anfrage Strafanzeige zu erstatten. Hoffentlich holt er sich noch einmal eine gerichtliche Bestätigung seines wahren Charakters.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Sekretariat Johannisstr. 48 I. Telephon 2443.

Sprechstunden:
11—1 Uhr und 4—7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Achtung, Betriebsräte und Vertrauensleute der S. P. D.! Die Sammellisten für den Wahlfonds werden im Sekretariat, Johannisstraße 48 I, ausgegeben. Wir ersuchen, die Listen baldigst abzuholen. Der Wahlausschuß.

2. und 3. Distrikt. Dienstag, den 11. November, abends 7½ Uhr bei Lender, Hundestraße. Redner: Genosse Maintz.

5a Distrikt. Dienstag, den 11. November, abends 8 Uhr in „Adlershorst", Ratzeburger Allee. Redner: Genosse Weiß.

7. und 7a. Distrikt. Heute Dienstag, abends 7½ Uhr in der Schule Moislinger Allee, Ecke Meierstraße, Versammlung.

Mitglieder-Versammlungen.
Mittwoch, den 12. November.

4. Distrikt. Bei Eggers, Stavenstraße, abends 7½ Uhr. Redner: Gen. A. Haut.

Kücknitz. Bei Dieckelmann, 7 Uhr. Redner: Gen. Passarge.

Schlutup. Bei Saborowski, abends 7½ Uhr. Redner: Gen. Reisberger.

Vorwerk. Bei Lembrecht, Bogenstraße, abends 7½ Uhr.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bureau: Johannisstraße 48 II.
Geöffnet von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Spielleute. Heute und Donnerstag, abends 7½ Uhr, üben im Gewerkschaftshaus (Terrasse). Erscheinen Pflicht. Instrumente mitbringen.

Republikanisches Liederbuch. In der Volksbuchhandlung Hildesheim ist ein republikanisches Liederbuch erschienen. Es enthält ernste und heitere Lieder. Wir empfehlen allen Reichsbannerorganisationen, sich dieses Liederbuch anzuschaffen. Der Preis beträgt 30 Pfg. Bestellungen nimmt die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co., Johannisstraße 46, entgegen.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Achtung Gewerkschaftsvorstände! Gewerkschaftszeitung Nr. 45 ist sofort abzuholen.

Wegen Lohndifferenzen haben die Arbeiter der Schiffsverwertungsgesellschaft in Siems, G. m. b. H., heute die Arbeit eingestellt. Zuzug ist strengstens fernzuhalten.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mittwoch, den 12. November, 8 Uhr abends, im Kulmbacher Bierhaus: **Öffentliche Mitgliederversammlung.** Vortrag Schweitzer-Berlin über die Auswirkungen des Dawesgutachtens auf die Arbeitnehmer.

Achtung, Gewerkschaften und Betriebsräte! Am 14. d. M. spricht der Genosse Ehrenteit-Hamburg bei Lender, Hundestraße, in einer gemeinsamen Versammlung der Vorstände des ADGB. und der Betriebsräte, Betriebsleute und Baudelegierten über „Die Gewerkschaften und die Reichstagswahl". Vollzähliges Erscheinen erwartet der
Vorstand des A. G. G. B.
Ortsausschuß Lübeck.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 13. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Transvaal. Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

K. **Schwartau-Rensefeld.** In einer öffentlichen Wählerversammlung am Sonnabend referierte die Reichstagsabgeordnete Genossin Schröder über die Reichstagswahlen. Der Kommunist Roß holte sich hier noch eine viel derbere Abfuhr als in der letzten Wählerversammlung in Lübeck. Das Referat der Genossin Schröder wurde begeistert von der überfüllten Versammlung aufgenommen. Die Schwartau-Rensefelder Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie geschlossen hinter der Soz. Partei steht und es ablehnt, sich ihre Versammlungen von den Moskaujüngern stören zu lassen.

Schwartau-Rensefeld. Achtung, Genossinnen! Die Frauenversammlung findet nicht Mittwoch, den 12., sondern Dienstag, den 18. November, abends 7½ Uhr, im Gasthof Transvaal statt. Erscheinen aller Genossinnen ist Pflicht. Der Vorstand.

Hamburg. Auf Grund geraten. Der Dampfer „Cap Polonia" von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffsgesellschaft ist Sonnabend morgen bei Wittenbergen auf Grund gelaufen und sitzt fest. Man hofft, den Dampfer mit der nächsten Flut wieder flott zu bekommen.

Hamburg. Raub im Personenzug. Am Freitag abend wurde in dem 5,36-Uhr-Zuge von Buchholz nach Hamburg fahrenden Zuge die in Hamburg, Caffamacherreihe, wohnende ledige Behrens in einem Abteil der vierten Klasse von zwei Personen beraubt. In dem Abteil saßen ein etwa 26 Jahre alter Mann und ein ca. 21 Jahre altes Mädchen. Gleich hinter Klecken sprang die weibliche Person von ihrem Platze auf, stürzte sich auf die B., hielt ihr den Mund zu, während der Mann der B. mit einem Handstock einen derartigen Schlag über den Kopf versetzte, daß die B. besinnungslos zu Boden fiel. In diesem Zustande wurde sie von in Hittfeld einsteigenden Leuten gefunden und zur Besinnung gebracht. Die B. stellte dann fest, daß ihr aus der Handtasche ein neues schwarzes Lackleder-Portemonnaie mit 100 Mark und ein Trauring geraubt war.

Schwerin. Das Land ohne Badeanstalt. Kürzlich warf der Aufruf der Universität Rostock ein Blitzlicht auf die wahrhaft erschütternden Zustände in der Gesundheitspflege in Mecklenburg, die ihresgleichen in Deutschland nicht haben, obwohl die beiden Mecklenburg die reichsten Länder in Deutschland sind. Die von den Rostocker Professoren gemachten Angaben finden an folgender Tatsache eine wirkungsvolle Ergänzung: in Mecklenburg gibt es keine Warmbadeanstalten! In der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Strelitz, in Neustrelitz, gab es bis 1920 eine in Staatsbesitz gekommene kleine frühere Hof-Badeanstalt. Als überflüssiges Institut wurde sie eilends umgebaut und für andere Zwecke hergerichtet. In der Universitätsstadt Rostock ist keine Badeanstalt! Selbst in herrschaftlichen Häusern ist Badegelegenheit seltene, sehr seltene Ausnahme. Auf einen Aufruf einer Leserin im „Rostocker Anzeiger" erteilt das Landbundblatt eine ausführliche Unterweisung darüber, daß das **Waschen mit Hilfe der Waschschüssel den Ansprüchen eines jeden Kulturmenschen vollauf genügt!** Freilich gibt auch das Landbundblatt zu, daß ein warmes Bad einige Vorzüge habe. Als einen solchen Vorzug führt es auf, daß durch gelegentliches Baden die Haut nicht gar so sehr verschmutzt werde und die Leibwäsche sich länger tragen lasse. Im übrigen weist die Zeitung darauf hin, daß ja die Krankenkasse beabsichtige, in der Universitätsstadt Rostock eine Badegelegenheit zu bauen, wodurch die Frage gelöst werde. — Es soll auch Lübecker Hanseaten geben, die das obige Spiegelbild der Voss. Ztg. als vollkommen genügend erachten.

Vermischte Nachrichten.

Wohnungsmangel und Luxus. Am 1. Januar 1924 hatten 1 200 000 Familien in Deutschland keine eigene Wohnung. Warum unternimmt die Regierung nichts, daß die Milliarden, die Deutschland auch jetzt noch für die entbehrlichen Genüsse (Wein, Bier, Likör, Tabak usw.) ausgibt, dem Wohnungsbau zufließen? Wir geben für Alkohol und Tabak gerade soviel aus, als eine Million Wohnungen kosten. (Volkämpfer.)

Die Anklageschrift gegen den Massenmörder Haarmann und seinen Komplizen Grans ist von der Staatsanwaltschaft in Hannover fertiggestellt worden. Die Anklage wirft Haarmann Mord in 27 Fällen vor, während Grans in zwei Fällen der Anstiftung zum Mord und im übrigen der schweren Hehlerei angeklagt wird. Die Verhandlungen vor dem Schwurgericht werden wahrscheinlich Anfang Dezember beginnen. Ueber 190 Zeugen sind geladen.

Schiffszusammenstoß im Aermelkanal. Die Unterseeboote „K. 2" und „H. 29" sind im Aermelkanal auf der Höhe von Weymouth im Verlaufe von Manövern zusammengestoßen. Beide Schiffe haben beträchtlichen Schaden erlitten, konnten aber noch mit eigener Kraft den nächsten Kriegshafen erreichen. Bekanntlich ist vor zwei Tagen das Unterseeboot „K. 22" in der Nähe der jetzigen Unfallstelle gestrandet.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. Aus Magdeburg wird gemeldet: Bei einem Zimmerbrand im Hause Petersweg 3 kam der Lohndiener Schulz ums Leben. Der 68jährige Mann hatte Wäsche zum Trocknen vor dem eisernen Ofen aufgehängt und sich dann schlafen gelegt. Die Wäsche geriet in Brand, und in dem Qualm erstickte Schulz. Die Feuerwehr konnte Schulz nur noch als verkohlte Leiche bergen.

Unterschlagungen im Berliner Fundbureau. Die Beamten der Hauptfundstelle des Polizeipräsidiums sind am Sonnabend verhaftet worden. Durch eingehende Revision wurden Veruntreuungen und Urkundenfälschungen der dort beschäftigten Beamten, des Vorstehers des Fundbureaus, des Polizeiinspektors Gaul, des Sekretärs Schmalz und des Amtsgehilfen Voß festgestellt. Alle drei haben ein umfassendes Geständnis abgelegt. Sie haben in mehreren Fällen, teils die ihnen anvertrauten Fundsachen, teils die Belohnungen unterschlagen und für sich verwendet. Die Unterschlagungen kamen durch einen Chauffeur ans Licht, der nur den fünften Teil einer Belohnung erhalten hatte. Dabei stellte sich heraus, daß seit Monaten systematisch höhere Beträge unterschlagen worden sind. Eine Rolle spielt auch ein Posten von Reichsschatzanweisungen, der von den Beamten des Fundbureaus unterschlagen sein soll. Außer diesen schweren Verfehlungen haben die Beamten Fundsachen falsch geschätzt und dafür ausgeschriebene Belohnungen für sich behalten.

Jugendliche Mörder in Amerika. Durch die Auffindung der Leiche des dreizehnjährigen Schülers Schwer in einem Sumpf in der Nähe von Richmond Hill bei Queen Borough, einem Vorort von Neuyork auf Long Island, kam man einem Kapitalverbrechen auf die Spur, das von vier Kindern im Alter von 8 bis 13 Jahren ausgeführt worden war. Zwei der Täter, der 12jährige Adam Rotunda, und der gleichalterige Harold Megan, haben ein Geständnis abgelegt, daß sie den Schwer erschossen, ihn an eine Stelle im Sumpf gezerrt und mit Blattwerk bedeckt haben. Sie gaben an, daß sie Leopold und Loeb hätten spielen wollen (die seinerzeit ebenfalls einen Knaben ermordeten). Später jedoch widerriefen sie ihre ersten Aussagen und behaupteten, daß Schwer durch einen Unglücksfall bei der Jagd auf Biberratten durch eine verirrte Kugel getötet worden sei.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Hoffmanns Erzählungen" wurde Sonntag nachmittag als erste Fremdenvorstellung aufgeführt. Von auswärts waren die Besucher in recht ansehnlicher Zahl erschienen. Die Vorstellung gefiel sehr. Für den erkrankten Herrn Beckmann sang Jöken von der Berliner Staatsoper den Hoffmann mit angenehmer, gutgeschulter, nicht sehr großer Stimme. In der Darstellung mehr ein subalterner Beamter als ein verbummeltes Genie. Am Dirigentenpult saß Herr Dr. Gatz, ein Musiker, der im Bemühen, das Ganze zusammenzuhalten und ihm Schwung und Farbe zu geben, noch zu sehr von der Partitur abhängig war. —t.

Rolf Lauckner läßt z. Zt. in der neubegründeten Volksbühnen-Verlags- und Vertriebs-G. m. b. H. (Berlin NW. 40) drei neue Werke erscheinen: eine unmittelbar aus den Quellen geschöpfte Verdeutschung der „Sakuntala" des Kalidasa, ferner ein Drama „Matumbo" und die Komödie eines modernen Abenteurers „Die Entkleidung des Antonio Carossa". Der Volksbühnen-Verlag wird auch alle weiteren Werke Lauckners in den nächsten Jahren herausbringen. Die Uraufführung der „Sakuntala" wird voraussichtlich noch im Dezember in der Berliner Volksbühne erfolgen. In Wien dürfte Max Reinhardt das Stück inszenieren.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Der hohe Druck hat sich über Skandinavien noch etwas verstärkt. Der vor Skandinavien liegende atlantische Tiefausläufer hat bisher nur sehr wenig ostwärts vorzudringen versucht. Eine Neigung zu einer schnellen Aenderung der Wetterlage ist nicht vorhanden, jedoch dürfte die Nebelhäufigkeit zunehmen.

Vorhersage für den 12. November 1924.

Schwache meist südöstliche Winde, trocken, heiter, strichweise — besonders nachts und früh — neblig, leichter Nachtfrost, zunehmende Bewölkung.

Schiffsnachrichten.

Angekommene Schiffe.

10. November 1924.

Schwed. D. Kimme, Kapt. Andersson, von Gothenburg, Ladung, 2 Tg. Estl. Motorsch. Ilmatar, Kapt. Laas, von Aalborg, leer, 1 Tg. Deutsch. D. Gertrud, Kapt. Oltmeier, von Lovestoft, Heringe, 2 Tg. Dän. Motorsch. Stafett, Kapt. Hansen, von Rudkyöbing, leer, 2 Tg. Deutsch. Motorsch. Helene, Kapt. Mews, von Wismar, Getreide, 6 Std.

11. November 1924.

Deutsch. Motorsch. Hanna Heinz, Kapt. Denger, von Danzig, Buchweizen, 2½ Tg. Finn. D. Aegier, Kapt. Holmberg, von Helsingfors, 7 Pass., Stückg., 64 Std. Deutsch. Motorsch. Ingeborg, Kapt. Zander, von Heiligenhafen, Stückg., 1 Tg.

Abgegangene Schiffe.

10. November 1924.

Deutsch. D. Lina Kunstmann, Kapt. Wittstock, nach Emden, leer. Schwed. S. Polania, Kapt. Johansson, nach Porsgrung, Ladung.

11. November 1924.

Norw. D. Tungenäs, Kapt. Pallesen, nach Ahrendal, Ladung.

Pelzhaus
Friedrich Zimmermann
Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße
Das führende
Pelz-Spezial-Geschäft!
1096

Mittwoch, nachmittags 4—6 Uhr:
Groß. Kochvortrag
im Kulmbacher Bierhaus
Fleischhauerstraße 16
Eintritt frei!
Adolf Borgfeldt, Lübeck
Mühlenstr. 36—46 12026 Fernruf 672 u. 678

Rahma buttergleich
MARGARINE
Man verlange gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco"
In Pfanne, Topf und Kuchenteig gehört nur Rahma buttergleich
K

Amtlicher Teil

Versammlung der Bürgerschaft

am Donnerstag, dem 13. November 1924, abends 6 Uhr

zur Verhandlung der in der Versammlung vom 10. November unerledigt gebliebenen Gegenstände. 12038

Der Wortführer Gustav Ehlers

Konkurseröffnung.

Ueber das Vermögen des Tischlers Richard **Folkers**, alleinigen Inhabers der Firma Lübecker Bürsten- und Piassavawarenfabrik Richard Folkers in Lübeck, Balauerfohr Nr. 10, wird heute am 10. November 1924, vormittags 11½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Niels Jensen in Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet

am 5. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Dezember 1924 **bei dem unterzeichneten Gerichte** anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet

am 2. Januar 1925, vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Dezember 1924 Anzeige zu machen.

Lübeck, den 10. November 1924.

12034) **Das Amtsgericht. Abt. 2.**

Nichtamtlicher Teil

Henry Kasten
Erna Kasten
geb. Glöde
Vermählte
Lübeck, 8. Nov. 24
Reiferstr. 31
NB. Für erwiesene Aufmerksamkeiten u. Geschenke uns. besten Dank. 12006

Karl Levgrün
Thea Levgrün
geb. Hemesath
Vermählte 12010
Lübeck, den 8. Nov. 1924

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck

Nachruf!

Am 5. d. M. starb unser treuer Kollege, der Hafenarbeiter

Joh. Isernhagen

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung findet am Mittwoch, dem 12. d. Mts., nachm. 3 Uhr, auf d. Vorw. Friedhof statt. (12035

Die Ortsverwaltung

Barackenw. geg. 3-Z.-Wohn. zu verl. Ormiński, Baracke 3/12, Burgf. (12018

Jg. ruhig. Ehepaar o. Kind. sucht 1—2 leere Zimmer, ev. Hilfeleistg. Altenpflege. Ang. unt. D 540 an d. Exp. (12019

Neue Wollgarnitur zu verk. Gr. 44. Boldt, (12014) Onckenstr. 3, III.

Zu verk. 1 f. Schwein (ca. 250 Pfund schwer). (12029) Friedenstr. 43.

Zu verk. ein Gasherd und ein graues Kostüm. (12027) Reiferstr. 40.

1 Paar schw. Stiefel, 1 Paar br. Halbschuhe. (12011) Töpferweg 66, I.

Zu verk. Trauerhut mit Schleier. (12012 Wickedestr. 33/35, II, r.

Vertiko billig zu verk. od. geg. schott. Karre zu vert. Emsiedestr. 26 (12005

Ein Terrierhund billig zu verkaufen. (12030 Augustenstr. 30.

Wer leiht jg. Beamten 200 Mk. gegen monatl. Rückzahlung u. Zinsen? Ang. u. D 541 a. d. E. (12031

Feine Wäsche
wird gewaschen und geplättet 12019
Frau Eckhorst :: Renzefeld

Hausschlachtungen
auch auf dem Schlachthof, führt aus F. Zander, Buseksiffstr. 15. Vorbestellung erwünscht. (12037

Sozialistische Klassiker

*

Ferdinand Lassalle
Auswahl von Reden und Schriften nebst kurzer Biographie und geschichtlicher Einführung von
Dr. **Karl Renner**
geb. **8 Mark**

*

August Bebel
Der Mann und sein Werk
von **Franz Klüß**
geb. **6 Mark**

Buchhandlung
„Lübecker Volksbote"
Johannisstr. 46.

12000

Gewerkschaftliche Jugendbücherei

Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter

Von Alexander Knoll
Preis 2 Mark

Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46

Sonntage eines Großstädters in der Natur

Von Kurt Grottewitz
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche

gebunden Mk. 2.25

Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46.

Ein Posten billiger Fleischwaren
Pa. fr. fettes Rindfleisch, jung., pr. Pfd. 60 Pfg.

Pa. Beafst., Rollfl. Pfd. 90 Pfg.	Pa. fr. Gehackes 60 Pfg.
Fr. Ochsenherzen . Pfd. 45 Pfg.	Pa. gf. Schweinskopf 50 Pfg.
Frisch. Kalbfleisch 60 Pfg.	Pa. fr. Schwarzsauer 20 Pfg.

Pa. gef. fett. Schweinefleisch, o. Knoch., 60 Pfg.
Nehme wieder Fleisch zum Räuchern an
12030 **Karl Lahrtz,** Böttcherstraße 16 Fernsprecher 1874

Der fünfte Jahrestag der deutschen Reichsverfassung

Aufmarsch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Verfassungstage 1924

Preis 70 Pfg.

Telefon 3601 Telefon 3601
Zahle dauernd Höchstpreise
für Stutz-, Pferdehaare, Mähnen und Ochsenhaare, sowie sämtliche Felle
Marcus Lissauer, Produkten-Börse,
Lübeck 5 Hartengrube 5
Telefon 3601 (12023) Telefon 3601

Wo
kaufe ich preiswerte (12025
Herrenhosen
aller Art?
Bei der bekannten Firma.
Johannes Holst
Lübeck
Markt 6 Kohlmarkt 6

Hersteller zahlt **100 Mk.** wenn **„Riesolda"** nicht in 10 Min. bei Mensch u. Tier Kopf-, Filz-, Kleider-
Läuse Flöhe (Brut) vertilgt. **Keine Wanze mehr** oft bei einmaliger Anwendung von **„Riesolda"**.
Verkauf nur **Aegidienstraße 4** (11098

Zahnpraxis Georg Heinrich Zahnpraxis
Dentist
Breite Strasse 211
Sprechstunden 9—7
Moderne Behandlung 12007
Neu eröffnet

Telefon 3601 Telefon 3601
Kaufe dauernd Haushalts-Lumpen, Knochen, Alt-Metalle und Alt-Eisen
Marcus Lissauer, Produkten-Börse
Lübeck 5 Hartengrube 5
Telefon 3601 12022 Telefon 3601

„GEG"-Zigarrenfabrik Frankenberg i. Sa.

Raucht genossenschaftlich!

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine besitzt mehrere eigene Zigarren-, Zigaretten- und Tabakfabriken

Fördert auch auf diesem Gebiet die Gemeinwirtschaft und bezieht Rauchwaren **nur** durch den

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

11008

Handarbeiten
in reicher Auswahl
Heinrich Beuck, Lübeck
Brodesstr. 25, Ecke Warendorpstr. 12024

Kasper-Ohm un ick.
Plattdeutsche Erzählungen von
John Brinckman
Preis 2 Mk.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46